

Fotokopiert  
am 20.11.53/SH

25-35417-7

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1238/53

RESTRICTED.

V e r n e h m u n g  
des Franz von P A P E N  
am 17. September 1946  
durch Mr. EIROGEN und  
Mr. v. HAILE  
von 10 - 12.20 Uhr .

.....

23. F. Wie erklären Sie sich das, dass sich die Leute, die doch in ihrer Bildung so verschieden waren, dass die sich mit HITLER zusammengetan hatten?
- A. Ich weiss nicht, in welcher Form die Zusammenarbeit gewesen ist, ich habe mich darum wenig gekümmert in der Zeit meiner Vizekanzlerschaft 1933/34. Ich habe kein Urteil darüber, denn ich weiss nicht, wie eng die Verbindung war.
24. F. Sie wissen aber doch, dass die Leute die Partei unterstützt haben?
- A. Die Industrie hat die Partei unterstützt, wo sie Mittel brauchte. Dies geht auch hervor vor 1933 aus der Sitzung fuer den Wahlfond 1933.
25. F. Welche Sitzung meinen Sie da, meinen Sie die Sitzung in Duesseldorf?
26. F. Ich glaube, es war im Februar 1933. Sie haben nie vorher davon gehoert?
- A. Nein, ich habe die Wahl fuer meine eigene Rechnung gemacht, ich habe mein eigenes Programm gehabt..
27. F. Natuerlich, doch es muss Sie doch interessiert haben, ueber sowas wurde doch gesprochen?
- A. Nein, die Wahlen wurden doch nicht an die grosse Glocke gehangen.
28. F. Aber es war doch kein oeffentliches Geheimnis.
- A. Jedenfalls erinnere ich mich nicht, dies gewusst zu haben.

00001

29. F. Ist Ihnen etwas bekannt ueber die Ansprache, die damals HITLER in  
Duesseldorf im Club der Industriellen hatte, es wurde damals  
doch viel darueber gesprochen? 25-38417-2  
darueber gesprochen?

A. Ja, ich erinnere mich, es war im Jahre 1932 oder noch fruher 1931. Ich  
habe der Sache nicht beigewohnt, doch ich weiss, dass das Echo bei den  
Industriellen nicht schlecht war, sie sagten, der Mann hat gute Grund-  
saetze.

30. F. Wie erklaren Sie das psychologisch?

A. Nun, Hitler hat ja jedem das versprochen, was er gerne hoeren wollte.

31. F. Ja, aber die Leute vom Rhein waren doch so verschieden?

A. Wenn ich sagen darf, die Industriellen vom Rhein waren doch aufs staerkste  
interessiert an der sich immer mehr zuspitzenden Krisis der Wirtschaft, eine  
vernuenftige Regelung des sozialen Problems anzubahnen, es stellte sich  
immer schoerfer heraus, und das war die Staerke des sozialen Problems,  
dass sie versuchen wollten, abseits der Methoden auf der einen Seite  
Klassenkampf abseits dieser Methoden einen neuen Weg zu finden und so das  
soziale Problem zu finden. Wenn es richtig gemacht worden waere, es waere  
nicht schlecht gewesen, wenn die Arbeiter ihre eigenen Vertretungen unter-  
hielten und man sie nur mit Arbeitgebern zusammengesetzt haette, wie es  
auch die Absicht war. Wenn es vernuenftig gemacht worden waere, waere es  
sicher erfolgreich gewesen.

32. F. Damals muessen sich doch die Arbeitgeber versprochen haben, dass sie gerin-  
gere Loehne zahlen werden?

A. Das kann ich mir nicht vorstellen, es konnte doch keiner glauben, durch  
Kuerzung der Loehne das Problem zu loesen, das Problem war Arbeit zu schaf-  
fen. Die Weimarer Demokratie funktionierte doch nicht. Dr. Bruening hatte  
ja nur mit seinen Paragraphen 48 regiert.

33. F. Warum hatte das nicht funktioniert?

A. Weil die Weimarer Verfassung nicht die fuer das Deutsche Volk geeignete  
Basis bot, sie koennen mit 32 Parteien keine Demokratie aufbauen. 00002

34. F. Glauben Sie nicht, dass die Weimarer Republik deshalb nicht funktionierte, weil sie sehr viel von diesen Leuten sabotiert wurde, sie wurde von einem grossen Teil der Grossindustriellen von Anfang an als widerlich und unangenehm empfunden?

ZS-354/1-3

A. Sie moegen recht da<sup>rin</sup> haben, da<sup>ss</sup> die Weimarer Demokratie vielen dieser Leute unbequem war, weil sie es im kaiserlichen Deutschland anders gewohnt waren, da<sup>ss</sup> sie aber doch intelligente Leute waren.

35. F. So, waren sie das?

A. Ja, sonst haette es doch nicht soweit funktioniert. Sie mussten sich doch klar sein, da<sup>ss</sup> man mit Sturmloefen gegen die Weimarer Demokratie nichts machen konnte.

36. F. Sie haben es aber doch zustande gebracht?

A. Ja, doch es war wohl nicht die Absicht.

36a. Mir war es persoendlich so klar, da<sup>ss</sup> es fuer die Industriellen so enden wuerde.

37. F. Wen wuerden Sie fuer die kurzsichtige Politik verantwortlich machen von der Industrie?

A. Diese Frage kann ich so nicht beantworten, was verstehen Sie unter kurzsichtiger Politik?

38. F. Wer waren die Leute, die Sturm laufen wollten gegen die soziale Gesetzgebung und Demokratie?

A. Das kann ich nicht sagen, mit solchen Leuten sprach ich nicht. Die Leute, mit denen ich engeren Kontakt hatte, standen auf dem Standpunkte, nicht geringere Lohne zu zahlen zum Schaden der Arbeiter, sie wollten, da<sup>ss</sup> der ganze Apparat funktionierte, der nicht funktionieren konnte mit den sozialen Lasten und der Arbeitslosen-Unterstuetzung, wenn nicht auf der anderen Seite produktiv gearbeitet wurde. Ich darf dabei hinweisen, die Schwierigkeit war gegenueber dem Parlament immens. Ich darf hierbei erinnern an die Verordnung, die ich als Reichskanzler herausbrachte, wo wir 32 und eine halbe Milliarde

00003

zur Regulierung der Wirtschaft zur Verfügung stellten in Form dieser Steuergutscheine. Ein solches Gesetz wäre niemals durchgegangen im Reichstage, und es wurde auch von der Partei des Reichstages, die wir bekämpften, ist dies auch nach Strich und Faden bekämpft worden. Wir haben im 1. Monat nach dieser neuen Verordnung 130 neue Leute einstellen können, und es war ein dauernder Zusprung.

.....

58. F. Sagen Sie mir, wir sprechen darüber, dass gewisse Leute mit der Weimarer Republik zusammenarbeiten wollten; wen würden Sie von den Industriellen besonders nennen, sich mit auf den Boden der Deutschen Republik zu stellen?

A. Eine Reihe von Leuten, mein Freund KLOECKNER z.B., die beiden Brüder Florian und Peter standen mit beiden Beinen auf dem Boden der Republik.

59. F. Von Anfang an?

A. Ich glaube, ja.

60. F. Wer noch?

A. Ich wüsste mich nie zu erinnern, dass gesagt worden ist, wir müssen die Republik beseitigen. Sie wissen es doch selbst, ich meine die Konservative nehme ich aus.

61. F. Wer ist das?

A. Nun, HUGENBERG hatte die Republik nicht geliebt.

62. F. Nein, bestimmt nicht, aber er war doch kein .....

Wer noch?

A. Er hatte doch einen grossen Konzern, die Ufa.

63. F. Wir sprechen doch von den Rheinindustriellen THYSSEN, KRUPP, von den I.G.-Leuten?

A. Ich habe nie gehört, dass THYSSEN gegen die Republik war. FRICK kannte

00004

64. F. Konnten Sie POENSGEN?

A. Ja, es war ein Mann, der lediglich fuer sein geschaeftliches Interesse lebte und dem es gleichgueltig war, ob Monarchie oder Republik.

65. F. Welchen meinen Sie da, den ERNST oder HELMUTH?

A. Ich kann dies von beiden behaupten.

66. F. Ich glaube, dies duerfte nicht ganz richtig sein, die Leute beschaeftigten sich doch viel mit Politik.

A. Es kann wohl moeglich sein, doch, wie gesagt, einen engeren Kontakt mit den Leuten hatte ich nicht gehabt.

67. F. Aber Sie sind doch zwischen diesen Leuten aufgewachsen?

A. Ich, wieso? Die erste Haelfte meines Lebens war ich Soldat. Ich habe bis zum Ende des ersten Krieges habe ich nur die von den Herren gekannt, denen ich in Duesseldorf waehrend meiner Zeit persoendlich begegnete aus Zufall, doch nach dem Kriege hatte ich sehr wenig Kontakt gehabt mit diesen Leuten.

68. F. Ich moechte nun gerne von Ihnen wissen, was waren die Motive von Thyssen fuer die Unterstuetzung von Hitler?

A. Ich nehme an, er hielt ihn fuer den Mann, der eine vernuenftige Regelung des sozialen Problems herbeifuehren wollte.

69. F. Und wer war der Freund von Thyssen?

A. Das kann ich nicht sagen, meinen Sie seine Geschaeftsfreunde?

70. F. Ich meine die Freunde seiner Tuetigkeit und in Bezug, um eine vernuenftige Regelung herbeizufuehren?

A. Ich weiss nicht, mit wem Thyssen zusammengearbeitet hat.

71. F. Sie sagen, dass die Hitler-Rede in Duesseldorf eine gute Aufnahme gefunden hatte, bei wem fand sie das?

A. Sie fragen mich das jetzt, aber Sie duerfen nicht vergessen, dass dies alles eine lange Zeit zurueckliegt, ich habe lediglich in meinem Gedachtnis zurueckbehalten, die Rede muss gut gewesen sein, denn die Leute waren gut beeindruckt, inzwischen sind wieder Jahrzehnte ins Land gegangen und es hat sich viel ereignet, deshalb kann ich Ihnen keine Details darueber erzaehlen.

.....

80. F. Ich moechte gern etwas anderes von Ihnen wissen. Hoerten Sie von einem Brief, der von den deutschen Industriellen an HINDENBURG geschrieben wurde mit der Bitte, er moechte HITLER zum Reichskanzler machen?

A. Davon habe ich nie gehoert.

81. F. Ist der KRUPP-KONZERN jemals an Sie herangetreten wegen Ruestung?

A. Nein, niemals, weder als Kanzler noch als Vizekanzler in keiner Form.

82. F. Sie muessen doch ROECHLING gut gekannt haben?

A. Wen soll ich gekannt haben?

83. F. ROECHLING?

A. Ja, den konnte ich.

84. F. Welcher Mann war das?

A. Er war ein sehr energischer Mann der Schwerindustrie, der sued-westischen Schwerindustrie.

85. F. War das einer von den Leuten, die Hitler unterstuetzt haben?

A. Ich glaube schon und dass er in den spaeteren Jahren ueberzeugt war, dass es eine gute Wahl gewesen war.

86. F. Wieso?

A. Er war sehr enthusiastisch, wahrscheinlich darum, weil er viel Arbeit schaffte in der Industrie.

87. F. Ja, aber den Leuten muss doch der ständige Eingriff des Staates in ihre Wirtschaft nicht angenehm gewesen sein?

A. Ich sah ROECHLING nur voruebergehend, er war lange im Ausland, genau kann ich es nicht sagen.

88. F. Seit wann, glauben Sie, hat Roechling oder die Leute Hitler unterstuetzt?

A. Von Herrn Roechling, ich kann es nicht genau sagen, doch ich nehme an, vom Augenblick der Bildung der Hitler-Regierung.

89. F. Und Thyssen?

A. Schon frueher, er hat doch ein Buch geschrieben.

90. F. Wie erklæren Sie das, dass er auf Grund des Buches nicht vom deutschen Gericht belangt wurde, er wurde doch von den Deutschen in Frankreich gefangen?

A. Man erzæhlte, GOERING schuetzte ihn.

91. F. Wissen Sie ueber die Beziehungen von GOERING zu THYSSEN?

A. Genaueres nicht, nein, doch es wurde erzæhlt, Goering sagte, es wuerde ihm nichts geschehen, er hielt seine Hand ueber ihn.

92. F. Was waren Goerings Motive? Welches Verhaeltnis hatte Goering zu Krupp?

A. Da habe ich keine Ahnung, das war nach meiner Zeit.

.....

25-15411-8

Abschr. Prot. d. 21. Voll-  
sitzung v. 17. 3. 53

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Herrn Dr. Krausnick

## Protokoll der 21. Vollsitzung des Gremiums am 17.3.1953

Anwesend: General d. Flieger a.D. Bogatsch  
 Dr. Franz  
 Generalmajor a.D. v. Gersdorff  
 Generalmajor a.D. Haseloff  
 Staatsanwalt Hölper  
 Oberstleutnant a.D. Sendtner  
 Prof. Dr. Stadtmüller  
 Dr. Werner  
 Generalmajor a.D. v. Witzleben;

EUROPÄISCHE  
 PUBLIKATION  
 MÜNCHEN 27  
 BAUCHSTRASSE 16  
 TEL. 431623

(EUROP. PUBL.)

als Gäste: Reichskanzler a.D. v. Papen  
 Dr. Krausnick, Dr. Hohn.

Institut f. Zeitgeschichte  
 München  
 ARCHIV  
 1782/55

Beginn der Sitzung: 16 h.

Einleitend begrüsst General v. Witzleben Herrn Reichskanzler v. Papen und dankt ihm für seine Bereitschaft, zu der Sitzung zu erscheinen und seine Stellungnahme zu einigen Fragen abzugeben. General v. Witzleben fährt dann fort:

v. Witzleben: Es handelt sich hier um zwei Fragenkomplexe. Einmal sind es die Fragen staatsrechtlicher Natur, die wir kurz besprechen wollen und die deswegen behandelt werden müssen, weil wir aus ihnen heraus die Notwendigkeit der Opposition gegen Hitler ergründen und untersuchen wollen. Der zweite grosse Fragenkomplex ist der, ob es Ihnen, Herr v. Papen, möglich ist, uns einige Aufschlüsse über Ihre Kenntnisse und Gespräche mit Herren der Opposition zu geben, wobei uns namentlich die Namen Halder und Generaloberst Beck interessieren. Bei dieser Namensnennung darf ich gleich noch folgendes sagen: Es dreht sich für uns ja immer wieder in langen Untersuchungen um die grosse Frage, ob der Generaloberst Beck in allen die Opposition tangierenden Fragen auch da zuständig war, wo diese Fragen den Landesverrat betreffen, oder sogar Landesverrat sind. Ich denke dabei in erster Linie an eine unserer Hauptuntersuchungen, nämlich die Gespräche des ehemaligen Bayerischen Justizministers Dr. Josef Müller in Rom, in denen er nach unseren Erkenntnissen und nach dem, was wir nun festgestellt haben, das Angriffsdatum nicht verraten hat, wohl aber die Mitteilung machte, dass der Angriff unmittelbar bevorstehe. Das ist aber jedenfalls doch etwas anderes wie der unmittelbare Verrat des Angriffssterms vom 10. Mai, der ja bekanntlich von General Oster am 9. abends an den holländischen Militärattaché verraten wurde.

Es handelt sich jetzt für uns, sehr verehrter Herr Reichskanzler, um folgendes:

Wir sind neulich beim Reichskanzler a.D. Brüning gewesen und haben ihn im Verfolg einer vorhergehenden Besprechung gefragt, welchen Standpunkt er hinsichtlich des Ermächtigungsgesetzes vom 24.3.33 einnehme, weil nämlich von diesem Ermächtigungsgesetz ausgehend - ich erinnere an das Gesetz vom 1. August 1934 über die Vereinigung der beiden höchsten Reichsämter, des Reichskanzler- und des Reichspräsidentenamtes, - eine Reihe von staatsrechtlichen Fragen in den Vordergrund gerückt ist, die wir zu untersuchen haben und die wir in unserem Buch auch gebührend berücksichtigen müssen. Der Herr Reichskanzler a.D. Brüning hat sich dahingehend geäussert, dass es eine sehr schwierige Frage sei, diese ganzen, nach dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 herausgekommenen Gesetze vom staatsrechtlichen Sinne aus zu prüfen. Man könne darüber so und so denken. Der Urgrund allen Übels, das in diesen Gesetzen lag - wie das Zusammenlegungsge-

setz vom 1.8.34, die Veränderung des Bides, der Bidüberfall des Herrn v. Blomberg - ginge letztenendes doch auf das Ermächtigungsgesetz zurück, und wenn man über diese staatsrechtlichen Fragen spreche, müsse man in erster Linie das Ermächtigungsgesetz und sein Zustandekommen ins Auge fassen. Dr. Brüning vertrat den Standpunkt - ich möchte das hier nochmals ganz kurz zusammenfassen - dass die Beurteilung vor allem ein moralisches Problem ist, und dass der Schwerpunkt nicht auf die staatsrechtliche Seite gelegt werden darf. Denn Verfassungen entwickeln sich überall weiter. Das Verfassungsleben steht auch bei einer geschriebenen Verfassung nicht still. Jede These, die da aufgestellt wird, findet auch unter den Fachgelehrten ebenso viele Verfechter wie Gegner. Wenn man aber schon an die staatsrechtliche Prüfung der Verfassungsmässigkeit des Regimes herangeht, und darum kommen wir nicht herum, dann sollte man nicht bei späteren Akten einsetzen, sondern gleich beim Ermächtigungsgesetz - eine Angelegenheit, die wir beide, Herr Sendtner, ja damals in Köln ohne weiteres zugeben mussten. Das Zustandekommen dieses Ermächtigungsgesetzes schildert der Herr Reichskanzler Dr. Brüning nun in seiner Ansicht und seiner Form sehr eingehend. Herr v. Papen, dürfte ich Sie bitten, uns nun einmal Ihre Ansicht über das Zustandekommen dieses Ermächtigungsgesetzes zu sagen, weil wir doch, trotz den Veröffentlichungen des Herrn Schwertfegers, von denen wir gestern sprachen, hinsichtlich des Zustandekommens des Ermächtigungsgesetzes noch immer nicht so klar sehen, wie wir gern sehen möchten. War das Ermächtigungsgesetz ein Staatsstreich?

v. Papen: Ein Staatsstreich? Das ist das erste Mal, dass ich diese Auffassung höre. Es war ja ein parlamentarischer Akt und lag durchaus im Belieben der Parteien, ihn keine 3/4 Mehrheit zu geben. Ich darf auf einen Vorfall hinweisen, der zum ersten Mal zu meiner Kenntnis gekommen ist durch den Brief des früheren Reichskanzlers Dr. Brüning, veröffentlicht in der "Deutschen Rundschau", an Dr. Pechel im Juli 1947. In diesem offenen Briefe wird ausgeführt, dass die Zentrumsparlei mit Hitler über gewisse Sicherheiten verhandelt habe, die in dem Ermächtigungsgesetz nach der verfassungsrechtlichen Seite gegeben worden seien. Diese Sicherheiten seien von Hitler zugesagt und schriftlich bestätigt worden. Dieses berühmte Schriftstück mit der Unterschrift Hitlers sei aber zur Abstimmung im Reichstag noch nicht da gewesen. Daraufhin habe man den Reichskanzler Hitler gefragt, wo das Schriftstück sei - ich glaube, man hat diese Frage an Lammers gerichtet, es kann auch jemand anders gewesen sein, ich erinnere mich nicht mehr sehr genau der Einzelheiten -. Kurz und gut, es ist dem Fragesteller des Zentrums geantwortet worden, der Bote sei unterwegs, er könne aber infolge der Absperrungsmassnahmen um den Reichstag herum vermutlich noch nicht rechtzeitig eingetroffen sein. Dieses Schriftstück ist nie erschienen, und in dem Briefe Brünings wird bezweifelt, dass es jemals geschrieben worden sei oder die Unterschrift Hitlers getragen habe. Ich habe bei einer anderen Gelegenheit gesagt: - Wenn dem so war, und es besteht ja kein Zweifel, dass diese Verhandlungen, wenn der Reichskanzler Brüning es uns sagt, stattgefunden haben, ohne jede Kenntnis meinerseits, so wäre es jedenfalls im Augenblick der Abstimmung, der 2. oder 3. Lesung, offenbar richtig, ich möchte sagen zwingend gewesen, an mich, den zweiten Mann der Regierung heranzutreten, der ich ja früher seiner Partei angehört habe und mir zu sagen: Herr v. Papen, dieses Schriftstück von einer eminenten Wichtigkeit mit der Unterschrift des Kanzlers ist auf dem Wege von der Reichskanzlei nach dem Reichstag, wir müssen die Abstimmung, die 2. oder 3. Lesung unterbrechen bis der Bote hier ist. Können Sie nicht veranlassen,

dass der Bote kommt, es muss irgendetwas geschehen. Wir vom Zentrum können nicht zustimmen, ehe dieses Schriftstück da ist. - Nichts dergleichen hat sich ereignet. Ich habe, wie gesagt, von dem Schriftstück und von den Verhandlungen überhaupt erst im Jahre 1947 erfahren aus diesem Briefe eben, den Dr. Brüning veröffentlichte.

v. Witzleben: Es handelt sich in weiteren um folgendes. Wir haben von Herrn Dr. Brüning gehört, dass die Abstimmung insofern nicht legal war als SS in Saale verteilt gewesen sei, und dass eine grosse Reihe von Abgeordneten während der Sitzung mit der Verhaftung zu rechnen hatte, so dass also immerhin eine freie Abstimmung nicht möglich war. Als dritter Punkt, der sowohl von Schwartfeger als auch von Dr. Brüning unterstrichen wird, kommt hinzu, dass ja das Mehrheitsverhältnis durch die gewaltsame Auflösung der kommunistischen Partei stark verschoben worden wäre. Hätte man diese Partei nicht aufgelöst, so wäre es wahrscheinlich zu dem Ermächtigungsgesetz nicht gekommen. Er sagt weiter, dass es durch den Unfall von 22 deutsch-nationalen Abgeordneten, die gedroht hätten, im Augenblick der Einbringung eines Änderungsantrages zum Ermächtigungsgesetz die Reihen der Deutsch-Nationalen zu verlassen, um sich den Nationalsozialisten anzuschliessen, auch ein Akt gewesen sei, der unter Druck vor sich gegangen wäre. So stand wohl z.B. Hilferding unmittelbar vor seiner Verhaftung, und auch im Plenum habe keiner mehr offen reden können. Das alles sind Dinge, die ich teils von Dr. Brüning habe, teils aus anderer Literatur. Man hört dies, man hört jenes. Deswegen wäre es gut und uns sehr nützlich, zu wissen, ob diese ganze Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz an der Grenze zur Legalität oder etwa schon illegal war und deswegen schon einen Staatsstreich ähnlich - ich möchte meine Worte von vorhin etwas abschwächen.

v. Papen: Meine Auffassung dazu ist folgende: Von bevorstehenden oder möglichen Massnahmen der Verhaftung innerhalb des Gebäudes habe ich nie gehört. Die einzige Zwangslage, wenn ich sie als Zwangslage bezeichnen darf, von der ich gehört habe, war die, dass das Reichstagsgebäude von der SA rundum besetzt und umgeben war.

v. Gersdorff: Nicht in Saal?

v. Papen: Nein, nicht in Saal. In Bezug auf die Majoritätsverhältnisse glaube ich mich zu erinnern, dass auch bei Mitwirkung der ausgeschlossenen Kommunisten - es waren ja auch einzelne Sozialdemokraten verhaftet, ich glaube 2 oder 3, ein paar Freisubekommen gelang mir noch vor der Sitzung, Severing und 2 oder 3 andere, - also den kompletten Reichstag zusammengerechnet, die abgegebenen Stimmen eine 2/3 Mehrheit ergeben hätten. Ich habe die Zahlen in meinem Buche genau genannt, wenn Sie es da haben, können wir nachsehen.

Sendtner: Ich habe das Buch da, Herr v. Papen. Der Reichstag zählte 680 Abgeordnete, und ich glaube 80 Kommunisten fielen aus. Dann waren es also 600.

v. Papen: Wir rechnen mal mit den Kommunisten zusammen die 2/3 Majorität.

Sendtner: Die 2/3 Majorität von 680 sind 450, und 444 haben dafür gestimmt.

Genau: 452 bzw 451!

v. Papen: Ich glaube mich ganz sicher zu entsinnen, dass auch einschliesslich der Kommunisten die erforderliche Mehrheit da gewesen ist. Gerade über diesen Fall haben wir uns ja im Nürnberger Prozess sehr ausführlich unterhalten.

v. Witzleben: Herr v. Papen, wenn ich noch kurz meine Auffassung schildern darf: Sie sehen also in der parlamentarischen Durchführung des Ermächtigungsgesetzes keine Illegalität?

v. Papen: Nein. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass wenn Abgeordnete oder Parteien gegen diese Dinge waren - und die sozialdemokratische Partei hat sich ja dagegen ausgesprochen - sie das tun konnten. Was passiert wäre, wenn sie den Reichstag verlassen hätten, vermag ich nicht zu sagen. Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten haben das Reichstagshaus verlassen, und es ist ihnen kein Haar gekrümmt worden. Wäre die Sache schief gegangen, wäre das vielleicht anders gewesen. Das weiss ich nicht. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Verantwortung des einzelnen Abgeordneten bei diesem Akt so gross war, dass er eine eventuelle Verhaftung beim Verlassen des Reichstagsgebäudes, eine Gewaltanwendung, hätte mit in Kauf nehmen müssen.

Seidner: Herr v. Papen, Sie schreiben in Ihrem Buch: der Reichstag umfasste 647 Mandate, die 2/3 Mehrheit erforderte 431 Stimmen, Hitler erzielte 441, ich glaube gegen 94 Sozialdemokraten, also 647 mit den Kommunisten.

Dass die Abstimmung im Reichstag scheinbar legal war, scheint mir ausser Zweifel zu stehen. Die 2/3 Mehrheit kam zustande. Die Kernfrage ist aber die: Bestand eine Freiheit der Abstimmung? Man kann natürlich sagen, es war eben die Pflicht eines jeden Abgeordneten, nach seinem Gewissen zu stimmen, ohne Rücksicht auf Gefahr von Leib, und Leben. Ist es aber nicht etwas viel verlangt von einigen Hundert Abgeordneten, dass sie diese Gefahr von Leib und Leben auf sich nehmen? Herr Brüning schilderte uns, dass die Situation ja nun bereits so war, dass in allen bürgerlichen Fraktionen, und das waren ja die einzigen, die noch in Frage gekommen wären, nicht einmal mehr offen geredet werden konnte, weil es hier schon überall Opportunisten und Rückversicherer gab, die jedes Wort an die Gegenseite übermittelten.

Was das "Nein" der Sozialdemokraten betrifft, Herr v. Papen, so erscheint mir eines wesentlich: Hitler hat die Sozialdemokraten direkt aufgefordert, mit nein zu stimmen. Er sagte ihnen wörtlich, ich habe die Rede vor ein paar Tagen nachgelesen: "Ich will gar nicht, dass Sie dafür stimmen!" - Ich möchte daher sagen, es war gar kein Heldentum für die Sozialdemokraten, mit "Nein" zu stimmen, sie wurden ja direkt dazu aufgefordert, und man sagte: Bitte, bei Euch rechnen wir damit! - Aber wesentlich anders war die Lage bei sämtlichen bürgerlichen Parteien, schon weil es bei ihren Stimmen ja nun wirklich darauf ankam, ob die verfassungskündende Mehrheit zustande kam oder ob sie nicht zustande kam.

Nun möchte ich das Urteil fällen: nach den vorausgegangen Erfahrungen mit 6 Wochen nationalsozialistischem Regime, mit willkürlicher Verhaftung, auch von Abgeordneten, mit der Einführung von Konzentrationslagern, mit der doch zunächst mal rechtlich anfechtbaren Auflösung und Ausschaltung der kommunistischen Partei, noch dazu mit dem Grunde des Reichstagsbrandes, der ja dann, wie der Reichsgerichtsprozess gezeigt hat, nachher einfach nicht aufrechtzuerhalten war, war schon eine psychologische Situation gegeben, in der ich heute, vom grünen Tisch aus und nachträglich nicht so ohne weiteres sagen möchte, ja, da mussten die eben ihr Leben riskieren und mit "Nein" stimmen. Es gibt doch wohl Atmosphären, in denen von einer Freiheit der Abstimmung nicht mehr die Rede sein kann, und das möchte ich eigentlich als den springenden Punkt bei der ganzen Sache bezeichnen. Bestand eine wirkliche Freiheit, oder war bei dieser Drohung für sämtliche Beteiligten mit allen erdenklichen Nachteilen, es kam nicht immer nur auf die eigene Person an, es kam unter Umständen auf Freunde an, auch auf Freunde, die man in anderen Parteien hatte, es kam

auf jüdische Abgeordnete an, es kam auf die Familie an, die Freiheit nicht mehr gegeben? Und das ist die Frage, um die es meines Erachtens hier geht, wenn man die wirkliche, die echte Legalität und nicht bloss den nach meinem Dafürhalten gar nicht zu bestreitenden äusseren Schein der Legalität in Würdigung sieht.

v. Papen: Darf ich meine Ansicht dazu sagen: Es ist unbestreitbar, dass sämtliche Teilnehmer an diesem Akt unter einem gewissen Druck, unter einer Zwangsatmosphäre gestanden haben durch das, was vorausgegangen ist, was Sie eben erzählten: Reichstagsbrand und seine Folgen usw. Immerhin müssen wir uns erinnern, dass am 24. März doch noch nicht die Atmosphäre herrschte, wie wir sie aus späteren Jahren kennen. Sippenhaft oder all diese Dinge waren doch Sachen, von denen man zu diesem Zeitpunkte noch nicht ahnte, dass sie jemals in unser Gesichtsbild treten würden. Kann man moralisch zwei Unterschiede machen? Dieses Gremium, das hier zusammengetreten ist, um über diese ausserordentlich schwierigen Punkte zu beraten und sich zu unterhalten, um ein klares Urteil zu gewinnen, wird sicherlich nach meiner Auffassung zu dem Schluss kommen können, dass der Akt des Ermächtigungsgesetzes nicht in einer unbedingt freien Willensatmosphäre vor sich gegangen ist; aber war die Bedrückung damals schon so gross, dass man nicht von dem Einzelnen verlangen konnte, seiner Verantwortung gemäss das zu beschliessen und das zu sagen, was er nach seinem Gewissen für richtig erachtete, ohne Rücksicht auf die Umstände? Das wird ja auch von uns anderen in späteren Stadien der Geschichte und der Entwicklung verlangt.

Ich habe für meine Person neulich in einer Diskussion, die wir anlässlich eines literarischen Abends in Köln gehabt haben, kenntlich gemacht, dass ich in ausserordentlich schwierigen Situationen und Gewissenskonflikten in meinem Leben gestanden bin in dieser Zeit, dass man aber niemals eine Frage oder einen Befehl an mich gestellt hat, dessen Erfüllung mit meinem Gewissen unvereinbar gewesen wäre oder der gegen den Dekalog oder das Sittengesetz verstossen hätte. Ich war also in der glücklichen Lage, vor diese Situation nicht gestellt zu werden. Ich müsste konform dieser meine Auffassung sagen, wenn ich als Abgeordneter damals vor einer solchen Situation gestanden hätte - und ich weiss, wie schwer es ist, gegen eine grosse Majorität in einem Parlament seine eigene Ansicht, auch gewissensmässig, zu vertreten; denn ich habe es ja selber durchgemacht -: Nach meiner Auffassung müsste es damals noch möglich gewesen sein, sich entsprechend zu verhalten.

Sendtner: Ich möchte hier bloss folgendes sagen, ein Gedanke, den ich dieser Tage ausgesprochen habe, dass zweifellos der Akt von Potsdam, der an sich kein Gewaltakt war, aber in meinen Augen ein blasphemischer Akt gewesen ist in einem Gotteshause, dazu beigetragen hat, die moralische Widerstandsfähigkeit sowohl im Reichstag wie in der grossen Masse des deutschen Volkes zu brechen oder zu vermindern, ja, dass er darauf wahrscheinlich sogar gerichtet war. Das ist ein Punkt, der 2. Punkt, auf den ich in diesem Zusammenhang vielleicht ganz kurz zu sprechen kommen darf, ist folgender: Herr Brüning erzählte uns, dass er bei den Verhandlungen mit den Deutsch-Nationalen über den Abänderungsantrag am Vorabend der Abstimmung mit Herrn Hugenberg zusammensass. Das hat mich umso mehr überrascht, als ja für Herrn Hugenberg bis zum - nun, sagen wir - 30. Januar 1933 Herr Brüning fast das rote Tuch für den Stier gewesen ist. Aber offenbar haben für Herrn Hugenberg sechs Wochen Erfahrung im Kabinett Hitler genügt, um schon misstrauisch zu werden und gemeinsam mit Brüning einen Abänderungsantrag zu verabreden, der, wie uns Brüning sagte, nicht vom Zentrum eingebracht werden sollte, sondern von den Deutsch-Nationalen, weil er ja nur dann

eine regle Chance hatte, durchzukommen, wenn er von der Seite einer Koalitionspartei gestellt wurde. Herr Hugenberg konnte sich in der Fraktion nicht durchsetzen, weil, wie Herr General v. Witzleben eben ausführte, 22 Abgeordnete sofort mit ihrem Übertritt zu den Nationalsozialisten gedroht hatten. Das wären also schon 22 von den Opportunisten und Rückversicherern gewesen, die schon unmittelbar danach bereit waren, die Farbe zu wechseln und gleich mit fliegenden Fahnen in das gewinnende Lager überzugehen.

Nun wissen Sie, Herr v. Papen, sehr viel besser als ich, was für ein Starrkopf Hugenberg gewesen ist. Es gibt doch zu denken, meine ich, wenn auch Hugenberg im Angesicht dieser 22 und in der ganzen Situation es ganz einfach nicht mehr gewagt hat, den von ihm selbst in Aussicht genommenen Abänderungsantrag im Reichstag einzubringen. Das würde doch darauf schliessen lassen, dass der Druck, von dem ich gesprochen habe, sehr stark gewesen ist, wenn sogar ein Mann wie Hugenberg, dessen Austritt aus dem Kabinett für Hitler zu diesem Zeitpunkt noch sehr peinlich gewesen wäre, zu diesem Zeitpunkt, drei Wochen später war es schon ganz anders, es nicht mehr gewagt hat, hier einen interpretierenden Abänderungsantrag einzubringen.

Haseloff: Herr Reichskanzler, darf ich mal eine ganz präzise Frage stellen: Herr Reichskanzler Brüning hat uns gesagt, bei der Abstimmung sei SS im Saale anwesend gewesen und zwar in nicht geringer Anzahl. Sie, Herr Reichskanzler, sprachen vorher nur davon, dass der Reichstag aussen, ausserhalb des Gebäudes, von SA umstellt war, aus repräsentativen Gründen und allen möglichen anderen Gründen vielleicht. Können Sie die Frage klar bejahen oder verneinen, ob SS während der Abstimmung im Saale war?

v. Papen: Nach meiner Ansicht ist das eine Verwechslung des Herrn Brüning mit dem Umstand, dass ja ein Grossteil der nationalsozialistischen Abgeordneten in Uniform erschienen war. Darunter werden sich sicher einige SS-Uniformen befunden haben. Aber SS zu Absperrungs- oder polizeilichen Zwecken im Reichstage - das ist mir völlig unbekannt.

Bogatsch: Ich möchte im Anschluss an das, was Herr Sedtner sagte, noch mal die Frage stellen, ob Herr v. Papen von diesen Gesprächen bezüglich der versuchten Vereinbarung Hugenberg-Brüning Kenntnis hatte oder ob ihm auch das völlig neu ist.

v. Witzleben: Also Sie meinen damit den Versuch des Abänderungsvorschlages zum Ermächtigungsgesetz, der nachher nicht eingebracht wurde.

v. Papen: Ich habe nur durch Hugenberg gewusst, dass zwischen ihm und dem Zentrum verhandelt wurde. Es ist ja eine Tragik, dass durch die persönliche Dissonanz, die zwischen Brüning und mir eingetreten ist auf Grund des Kanzlerwechsels, es durch alle die Zeit nicht möglich gewesen ist, zu einer Verständigung oder einer Aussprache über Dinge von höchster staatspolitischer Bedeutung zu kommen. Das ist eine Tragik. Ich habe zweimal versucht, durch Kaas diese Sache zu leimen, indem ich darauf hingewiesen habe, dass doch über allen persönlichen Ressentiments die Sache stehen müsse. Unmöglich. Also ich persönlich war der Seite des Zentrums auch in diesen Augenblick völlig ausgeschaltet, und ich habe das, wie Sie mir zugeben werden, von mir aus gesehen als unendlich bitter empfunden, weil ich mich ja zu keinem Augenblick als besonders schuldig betrachtet habe an dem Sturz von Brüning. Wir wissen ja heute, wie die Dinge gelegen haben.

v. Witzleben: Nachdem nun zum Ermächtigungsgesetz keine Fragen mehr

sind, kommen wir zum nächsten Punkt, Herr Reichskanzler, der uns immer wieder beschäftigt.

Im Ermächtigungsgesetz war ja wohl im Art. 2 klar bestimmt worden, dass die Rechte des Reichspräsidenten unberührt bleiben sollten, ebenso wie die Einrichtungen des Reichstages und des Reichsrates als solche. Ich würde sehr gerne mal Ihre Ansicht dazu hören, ob das nun folgende Gesetz vom 1. August 1934, wir müssen also einen ziemlichen Zeitsprung machen, für die Vereinigung der beiden höchsten Reichsämter, nämlich des Reichskanzler- und des Reichspräsidentenamtes, einen Staatsstreich bedeutet, wie ja z.B. auch von Schwertfeger behauptet wird, und ob hier eine ausgesprochene Illegalität und ein Bruch des Art. 2 des Ermächtigungsgesetzes vorliegt. Bitte verstehen Sie mich recht: Wenn wir diese Frage stellen, so ist bei uns der tiefere Sinn der, zu ergründen, wo im 3. Reich die ausgesprochene Illegalität beginnt und zwar wo sie beginnt, offen an die Oberfläche zu treten, weil das alles Bezug hat auf die Opposition und Bezug hat auf den Eid. Deswegen sind diese Fragen die Kernfragen, von denen dann alles weitere hergeleitet werden muss. Ich sagte ja immer schon, und wir sind uns darüber alle völlig im klaren, wir können das, was 1934 passierte, den Röhms-Putsch, nicht gesondert betrachten, wir können auch die Fritsch-Krise nicht gesondert betrachten, und wir können nicht den Fall Müller herauslösen aus dem Geschehen. Wir können auch selbst das Ermächtigungsgesetz nicht als Ding für sich betrachten und die dann folgenden Reichsgesetze, sondern wir müssen, wie das ja auch klar ist, vor die Zeit vor 1933 weit zurückgehen, um die letzten Wurzeln wirklich blosszulegen. Deswegen nun meine Frage, Herr Reichskanzler, die ich Sie bitten möchte, zu beantworten: Ist dieses Gesetz vom 1.8.34 ein Staatsstreich gewesen oder ist es illegal in Bezug auf den Art. 2 des Ermächtigungsgesetzes?

Ich darf vielleicht noch folgendes dazu anführen: Hinenburg starb erst am 2. August. Die sogenannte Volksabstimmung erfolgte ja erst am 19. August, und weiter ist es völlig unklar, ob die Reichsminister bei der Abzeichnung des Gesetzes in der Kabinettsitzung anwesend waren. Sie, Herr v. Papen, waren bestimmt nicht anwesend, trotzdem Ihr Name an zweiter Stelle unter diesem Gesetz steht. Darf ich Sie bitten, darüber vielleicht mal Ihre Ansicht zu sagen, weil es ja für uns alle wichtig ist, den Dingen so oder so mal näher zu kommen.

v. Papen: Als wir im Kabinett das Ermächtigungsgesetz besprochen haben, habe ich die Aufrechterhaltung des Promulgationsrechtes des Reichspräsidenten für absolut notwendig erachtet. Es ist sehr bedauerlich gewesen, dass in den Verhandlungen des Nürnberger grossen Prozesses von den Protokollen der Kabinettsitzungen nur die vorgelegt worden sind, die für uns belastend sein konnten. Alle anderen waren offenbar verschwunden. Ich nehme an, dass sie sich insgesamt in Washington befinden, und dass wir sie eines Tages doch noch kennenlernen werden. Daraus würde sich ergeben, dass ich nicht einmal, sondern mehrfach im Kabinett diese Frage zur Sprache gebracht habe; denn in der Zusammensetzung dieses Kabinetts war ich ja sozusagen der Führer der Opposition gegen die Nationalsozialisten. Die Regierung war ja als eine Koalitionsregierung gebildet. Dieser Wahlblock schwarz-weiss-rot, dem Hugenberg und seine Partei angehörten, bildete die Opposition, und Sie erinnern sich aus meinen Wahlreden, die ich zu der Reichstagswahl vom 5. März gehalten habe, dass ich alle die Wünsche, die wir vom konservativen Gesichtspunkt aus für die Regierungsführung hatten, in diesen Wahlreden ganz unmissverständlich vorgetragen habe, so dass über unsere Auffassung in der staatsrechtlichen Hinsicht gar kein Zweifel sein konnte. Demzufolge habe ich auch im Kabinett wohl dem Gedanken eines Ermächtigungsgesetzes zugestimmt, weil ich fand, dass die Regierung eine Zeitlang unbe-

hindert arbeiten müsse, um ihr grosses Programm, besonders das sozialwirtschaftliche Programm, durchzuführen, habe aber nach meiner Ansicht alles getan, um die Autorität des Reichspräsidenten, seine Prärogative, aufrechtzuerhalten. In diesen Sitzungen ist uns vom Staatssekretär Meissner wiederholt gesagt worden, dass der Reichspräsident nicht wünsche, in irgendeiner Form in diese Gesetzgebung hineingezogen zu werden. Ich enthalte mich eines Urteils darüber, inwieweit dies dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprochen hat, oder ob es aus anderen Gedankengängen zustande gekommen ist. Nachdem ich von dieser höchsten Stelle in meinen Bestrebungen desavouiert worden bin, den Reichspräsidenten in Takt zu halten, auch durch sein Promulgationsrecht, war diese Bremse also fortgefallen.

Um nun zum Gesetz des 1. August 1934 zurückzukommen, so bin ich durchaus der Überzeugung des Generals Schwertfeger, dass es ein illegales Akt gewesen ist, zu Lebzeiten des Reichspräsidenten ein solches Gesetz zu erlassen. Nach meiner Auffassung ging das ganz zweifellos über den § 2 dieses Ermächtigungsgesetzes hinaus. Um den letzten Punkt klarzustellen: Ich habe seit meiner Marburger Rede am 17. Juni 1934 keiner Kabinettsitzung mehr beigewohnt, und ich habe erst mit höchstem Erstaunen aus den Akten, die mir in Nürnberg vorgelegt wurden, entdeckt, dass meine Unterschrift unter diesem Gesetz stand. Ich habe meinen Anwalt beauftragt, das sofort zu klären, es war nicht mehr zu klären. Das Gericht, das Tribunal ist aber zu der Auffassung gekommen, die mein Anwalt und ich vertreten haben, dass es entweder ein Versehen der Reichsdruckerei gewesen sein muss, was weniger wahrscheinlich war nach meiner Auffassung, oder aber eine bewusste Fälschung.

v. Witzleben: Dann wäre also nach Ihrer Auffassung, Herr v. Papen, dieses Gesetz vom 1. August der erste, ganz offensichtlich illegale Akt gewesen, den man der Reichsregierung zuschreiben kann.

Stadtmüller: Wie wäre in diesem Zusammenhang das Gesetz nach der Röhm-Revolte zu bewerten, nach dessen Wortlaut diese Justizmorde für rechtens erklärt wurden?

v. Papen: Kann man das mit dem Ermächtigungsgesetz decken?

Stadtmüller: Nein. Ich frage, wie Sie, Herr Reichskanzler, dieses Gesetz bewerten würden unter diesem Gesichtspunkt, der uns hier angeht.

v. Witzleben: Sie meinen jetzt nicht das Gesetz vom 1. August, sondern das nach den Röhm-Morden, wonach diese Morde als rechtens anerkannt worden sind.

v. Papen: Ich weiss nicht, wie das Gesetz zustande gekommen ist, damals war ja wohl Gürtner Justizminister. Ich weiss nur, dass erklärt wurde, diese Morde sind rechtens. Ich bin jedenfalls der Ansicht, dass sich das in keiner Form mit dem Ermächtigungsgesetz decken lässt.

Stadtmüller: Stammt der Entwurf dieses Gesetzes von Gürtner, oder ist Gürtner durch Druck dazu bewogen worden, dieses Gesetz zu unterzeichnen?

v. Papen: Das vermag ich Ihnen nicht zu sagen; denn ich habe, seitdem ich am Tage des Röhm-Putsches eingesperrt gewesen bin, keinerlei Kontakt mit irgendeinem Mitglied der Reichsregierung gehabt. Sie haben mich wie einen räudigen Hund alle gemieden.

v. Witzleben: Wenn ich recht unterrichtet bin, haben Sie sich doch damals während des Röhm-Putsches, Herr Reichskanzler, so wurde mir

mal gesagt, in der Bendlerstrasse, quasi im Schutze des Heeres befunden?

v. Papen: Leider nein. Wenn ich im Schutze des Heeres gewesen wäre, dann wäre vieles anders gekommen. Ich war im "Schutze" der Gestapo.

v. Witzleben: Sie waren am 30. Juni verhaftet?

v. Papen: Jawohl.

v. Witzleben: Wer sagte vorhin, dass in der Zeit der Herr Reichskanzler in der Bendlerstrasse gewesen sei?

v. Gersdorff: Ich sagte das. Aber da habe ich mich dann wohl getäuscht.

Stadtmüller: Diese Version ist im Umlauf. Ich habe zwei Versionen über diesen 30. Juni gehört. Nach der einen Version, es handelt sich offensichtlich um zwei Legendenbildungen, waren Sie, Herr Reichskanzler, in der Zeit in der Bendlerstrasse wohlbehütet im Schutz des Heeres, nach der zweiten Version hatte das Heer einen Zug Infanterie unter einem Leutnant in Ihr Haus geschickt, und als die SS gekommen sei mit der edlen Absicht, Sie abzuholen, habe der Leutnant erklärt: Wir sind bereits da!

v. Papen: Dazu kann ich nur sagen: Das ist zu schön, um wahr zu sein. Ich habe mich lediglich persönlich in die Bendlerstrasse begeben am Tage nach meiner Freilassung, als ich zu meinen alten Freunde Fritsch gegangen bin. Vielleicht ist die Sache daraus entstanden.

Sendtner: Herr Reichskanzler, Sie erwähnten vorhin die Intervention von Meißner im Kabinett, also offenbar im Februar/März 1933. War da der persönliche Kontakt zwischen Ihnen, Herr v. Papen, und dem Reichspräsidenten nicht mehr so, dass Sie einfach zum Reichspräsidenten gehen und ihm sagen konnten: Hören Sie, Herr Reichspräsident, der Meißner sagt das, aber ich empfehle Ihnen, machen Sie es anders?

v. Papen: Es ist eine vielleicht erstaunliche Tatsache, dass der alte Reichspräsident in kurzer Zeit einen gewissen Kontakt zu Hitler gewonnen hat, den er früher auf das schärfste ablehnte, so dass er sehr bald nach der Regierungsübernahme mir gesagt hat: "Hören Sie mal, diese Bedingung, mein lieber Papen, die Sie mit mir bei der Regierungsbildung getroffen haben, dass Sie immer zugegen sein sollen, wenn der Kanzler einen Vortrag hält, stört mein persönliches Verhältnis zum Kanzler. Das muss ihm ja doch als eine Aufsicht erscheinen. Das möchten wir doch besser lassen." So dass von diesem Zeitpunkt ab eine Wirkung in dem Sinn auf den Präsidenten sehr schwer mehr auszuüben war. Offenbar, ich habe ja dann die Unterhaltungen zwischen dem Präsidenten und Hitler nicht mehr mit anhören dürfen, hat Hitler ihm den Eindruck gemacht, den er auch dem Reichstag gegeben hat, dass in dem Ermächtigungsgesetz verfassungsmässige Dinge überhaupt nur berührt werden dürfen, wenn ganz besondere Notwendigkeiten vorlägen. Er hat doch dahingehend eine Erklärung in seiner grossen Rede abgegeben und alle Versicherungen geleistet, mit denen auch wir uns damals haben täuschen lassen, d.h. Versicherungen über die Weierfunktion der Kirche und alle die Sachen, die Sie ja aus der berühmten Rede kennen, die er vor dem Ermächtigungsgesetz gehalten hat.

Sendtner: Eine Frage, die zwar jetzt mit dem Gegenstand unserer Beratungen nur verhältnismässig wenig zu tun hat, aber ich möchte Sie, Herr v. Papen, fragen, ob Sie auch für Ihre Person die Schlussfolgerung ziehen, die andere namhafte Persönlichkeiten gegenüber Hindenburg gezogen haben: dass man bei ihm sehr lange eine ausgesprochene

Vertrauenspostion innehaben und dass dies dann ganz plötzlich aus sein konnte?

v. Papen: Sie spielen sicher auf den Fall Brüning an.

Sendtner: Auf Brüning, aber da gab es ja wohl auch andere. Schleicher war wohl bis zu einem gewissen Grade auch zeitweilig eine Vertrauensperson beim Reichspräsidenten, auf deren Wort er sehr viel gegeben hat. Auf einmal aber war es aus, und dann war der Kontakt wie abgeschnitten.

w. Papen: Ich kann nicht sagen, dass das bei mir der Fall gewesen ist. Ich gebe zu, dass diese Fälle bei anderen Personen vorgelegen haben können. Bei mir ist es in diesem Masse nicht der Fall gewesen. Ich habe im Falle dieses Promulgationsrechtes wahrscheinlich selber in dem Augenblick nicht erkannt, in welche Situation wir geraten könnten, wenn das Promulgationsrecht aufgehoben werden könnte. Denn, wie Sie wissen, ich habe das ja auch überall offen gesagt, habe ich zu der Zeit immer unter dem Eindruck gestanden, dass er das, was er uns sagt und beteuert, halten wird: Verfassungsänderungen nur in ganz dringenden Fällen, damals gab es ja auch noch innerhalb des Kabinetts eine wirkliche Aussprache, es gab innerhalb des Kabinetts ja auch noch eine gewisse Opposition; das muss man alles berücksichtigen. Diese Dinge sind eben später fortgefallen. Später war es im Kabinett so, dass wenn Hitler merkte, es gibt in dem Kreis der umhersitzenden Herren, der Mitglieder des Kabinetts, eine Opposition, dann brach er das Gespräch ab und führte es später unter vier Augen weiter, um einer gemeinsamen Front zu entgehen. Das hat sich alles erst langsam entwickelt und sicherlich erst nach dem Ermächtigungsgesetz, so dass wir psychologisch gesehen wahrscheinlich alle unter dem Eindruck gestanden haben, dass da nicht viel passieren könne. Wir waren ja schliesslich damals immer noch der Ansicht und der Hoffnung, dass wir konservativen Mitglieder in der Überzahl es nicht schwer haben würden, solchen Entgleisungen vorzubeugen.

v. Gersdorff: Es erhebt sich nochmals die Frage des Gesetzes vom 1.8. Der Herr Reichskanzler hat uns gesagt, dass der Erlass dieses Gesetzes vom 1.8. zu Lebzeiten des alten Reichspräsidenten zweifellos illegal sei, wie ist jetzt die Frage der Legalität dieses Zusammenlegungsgesetzes de facto vom Datum des 2.8. zu beurteilen, also nicht zu Lebzeiten des alten Reichspräsidenten, sondern überhaupt?

v. Witzleben: Ich darf da vielleicht noch erläuternd hinzufügen: Das Gesetz ist ja dann datumsfälschlich demgefälcht worden vom 1., wo es beschlossen und vom Kabinett verabschiedet wurde, auf den 2. August. Es ist also auf den Todestag ungefälcht worden.

v. Gersdorff: Wie ist da die Legalität zu beurteilen?

Stadtmüller: Ich glaube die Frage von Herrn General v. Gersdorff so auffassen zu dürfen: Sie fragen doch, wenn ich Sie recht verstehe, selbst wenn wir von der Frage des Zeitpunktes des Gesetzes absehen, ist das Gesetz als solches rechtmässig und gesetzlich zustand gekommen oder nicht. Das reduziert sich auf die Frage: Wer konnte ein solches verfassungänderndes Gesetz überhaupt rechtskräftig beschliessen?

v. Gersdorff: Wieder im Hinblick auf den § 2 des Ermächtigungsgesetzes.

v. Papen: Man konnte aber doch den lebenden Präsidenten nicht ver-

gewaltigen, indem man ihm ein solches Gesetz vorlegte. Das wäre doch eine Unmöglichkeit, Der Inhalt des Gesetzes als solcher ist eine Unmöglichkeit, ganz abgesehen von der verfassungsmässigen Frage.

Stadtmüller: Nun glaube ich, dass aber in dem Fall die akademische Frage recht sinnvoll wäre: Wenn dieses Gesetz 24 Stunden später beschlossen worden wäre, im Übrigen in genau derselben Form, wäre es dann gesetzlich<sup>?</sup> gewesen oder nicht? Also wenn Hindenburg bereits gestorben gewesen wäre.

v. Papen: Das möchte ich doch glauben.

Stadtmüller: War das Reichskabinett im Stande, eine Verfassungsänderung von diesem gravierenden Charakter zu beschliessen, entgegen dem § 2 des Ermächtigungsgesetzes, wodurch die ganze Struktur des Staatsaufbaues verschoben würde?

v. Papen: Haben Sie den § 2 da?

v. Witzleben: Der § 2 des Ermächtigungsgesetzes lautet: "Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt."

v. Papen: Es musste da nach Hindenburgs Tode verfassungsmässig der Zustand eintreten, der am 13. Dezember 1932 beschlossen worden ist.

Sendtner: Ich bin ganz dieser Auffassung, Herr v. Papen. Es musste der Zustand eintreten, dass der Präsident des Reichsgerichtes automatisch auf Grund des Gesetzes die Rechte des Reichspräsidenten übernahm. Das Gesetz war nicht aufgehoben, im Ermächtigungsgesetz waren die Rechte des Reichspräsidenten ausdrücklich vorbehalten. In der Hitler-Rede zum Ermächtigungsgesetz hiess es im Kommentar ausdrücklich: "Die Stellung und die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt." Das war der eigene Kommentar dazu. Also musste der Reichspräsident das Amt genauso übernehmen, wie er es auf Grund der Wahl durch den Reichstag nach dem Tode von Ebert übernommen hatte. Dann hätte man, wenn Hitler legal verfahren wollte, oder wenigstens scheinbar legal, den Reichstag neu einberufen müssen, und Hitler hätte sich für diesen speziellen Fall ein neues Ermächtigungsgesetz geben lassen. Dann hätte die Sache wenigstens den Anschein einer Legalität gehabt.

Dr. Krausnick: Ist das nicht doch eine zu weit gehende Auslegung? Es ist doch nur von den Rechten des Reichspräsidenten die Rede.

Sendtner: Ich habe Ihnen ja eben den Kommentar von Hitler vorgetragen.

Dr. Krausnick: Ja gewiss, aber Verfassungsänderungen waren im Ermächtigungsgesetz zugelassen.

Sendtner: Aber nicht für den Reichspräsidenten.

Dr. Krausnick: Aber die Stellung des Reichspräsidenten als solche wird ja dadurch nicht berührt.

v. Gersdorff: Aber natürlich wird sie berührt.

Stadtmüller: Also ich glaube, die Frage ist sehr fundamental in grundsätzlicher Hinsicht für unser Problem, wann wurde der Boden

des Rechtsstaates verlassen?

v. Witzleben: Das ist der springende Punkt, Herr Professor, den ich vorhin herausgehoben habe, und das brauchen wir.

Stadtmüller: Ich möchte sagen, natürlich schon durch die Lex Gürtner in evidenter Weise, wodurch man versucht hat, diese Massenorde in einer formalistischen Weise zu legalisieren, ein Unding in sich. Zum anderen durch dieses Gesetz vom 1., bzw. 2. August 1934. Aber nicht nur deswegen, weil das Gesetz nachdatiert und in Wirklichkeit schon beschlossen wurde, während Hindenburg noch lebte, sondern meines Erachtens in viel gewichtigerer Weise dadurch, dass man hier das Ermächtigungsgesetz auf einen Fall anwandte, auf den es nicht anwendbar war, ja sogar gegenüber einer ausdrücklichen Ausnahmebestimmung des Ermächtigungsgesetzes. Ich glaube nämlich, dass man die Bestimmung des Ermächtigungsgesetzes, dass die Rechte des Reichspräsidenten davon nicht berührt werden dürfen, doch so auffassen und deuten muss, dass die Stellung des Reichspräsidentenamtes, und ich glaube, dass die Stellung des Reichspräsidentenamtes durch die Zusammenlegung natürlich eine vollständig andere geworden ist, denn praktisch war das ja eine Aufsaugung des Reichspräsidentenamtes, de facto verschwunden ist. Das zeigt sich auch darin, dass man titular niemehr Gebrauch davon gemacht hat.

Dr. Krausnick: Darauf hat er ausdrücklich verzichtet. Ich würde da gerne Herrn Staatsanwalt Hölper fragen, wie er darüber denkt, ob das wirklich eine volle Verletzung der Rechte des Reichspräsidenten oder der Stellung des Reichspräsidenten ist, wenn man - nehmen wir also an, es sei am 2. August gewesen - da einen neuen Mann nimmt und sein Amt vereint mit dem des Reichskanzlers.

Hölper: Ja, ich bin durchaus der Auffassung von Prof. Stadtmüller, dass diese Bestimmung, diese Vereinigung des Reichspräsidentenamtes mit dem Reichskanzleramt, de facto nichts anderes bedeutet hat als die Beseitigung des Reichspräsidentenamtes überhaupt. Denn der Reichspräsident hatte doch bestimmte Rechte, natürlich auch Pflichten und hatte eine ganz bestimmte Stellung innerhalb der Verfassung, und mit der Vereinigung des Reichspräsidentenamtes mit dem Reichskanzleramt waren diese beiden Institute ihrer ganzen verfassungsrechtlichen Struktur entkleidet und damit eigentlich die Grundlagen einer demokratischen Verfassung aufgehoben.

Stadtmüller: In wenigen Sätzen: Ich glaube man hat noch zwei weitere Argumente. Das eine ist, dass nach der alten Struktur der Verfassung der Reichspräsident nicht zuletzt die Aufgabe einer Kontrollfunktion gegenüber der Reichsregierung hat; im Falle einer Personalunion der beiden Ämter wird diese Kontrollfunktion hinfällig. Und 2. haben die Nazis selber bei dieser Ausweitung der Anwendung des Ermächtigungsgesetzes ein schlechtes Gewissen gehabt. Sie haben durch eine akklamatorische Volksabstimmung das Volk zum Schein noch einmal befragt. Das Ganze wäre ja an sich unnötig, wenn dieser Akt rechtens gewesen wäre. Weshalb befragt man dann das Volk noch einmal?

Dr. Franz: Ich möchte nur noch zusammenfassend sagen, dass ich den Eindruck habe, dass die Zusammenlegung dieser beiden höchsten Reichsämter in der Hand Hitlers der eigentliche Beginn der Diktatur ist.

v. Witzleben: Also wir sehen dann, wenn ich das zusammenfassen darf, - und ich würde Sie bitten, Herr v. Papen, mir dann zu sagen, ob Sie mit dem, was wir jetzt besprochen haben, übereinstimmen, - im Gegensatz zu der Brüning'schen Auffassung den Beginn der Illegalität nicht im Ermächtigungsgesetz, sondern im Gesetz vom 1.8.34, wenn ich abseh

von der Röhm-Geschichte und was vorher an Unrechten begangen war; also im staatsrechtlichen Sektor sehen wir den Beginn der ausgesprochenen Illegalität am 1. August 1934.

v. Papen: Ich bin der Ansicht, dass vorher viele illegale Akte begangen wurden, aber das Gesicht eines Staatsstreiches hatte das Ermächtigungsgesetz bestimmt nicht. Wenn man von einem Staatsstreich sprechen will, kann man es ehestens an diesem 1. August tun.

v. Witzleben: Wir machen dann jetzt eine kurze Pause zum Bandwechsel, und ich würde Sie dann bitten, Herr v. Papen, ob Sie uns im 2. Teil etwas über das Eidproblem sagen könnten. Sie haben ja selbst vorherin davon gesprochen, dass Sie mit Herrn Generaloberst v. Fritsch engere Beziehungen hatten, und dass Sie ja nach dem Röhm-Putsch beiläufig waren. Allerdings war zu dieser Zeit das Eidgesetz noch nicht heraus, aber vielleicht war es später auch möglich, dass Sie sich mit Fritsch über dieses Gesetz vom Blomberg, das auf dem Verordnungsweg erlassen wurde, oder auch mit anderen Herren ausgesprochen haben.

( Pause )

v. Witzleben: Wenn ich am Schluss des ersten Bandes das Eidproblem noch kurz anschnitt, so hatte ich nicht die Absicht, damit die Frage des Eides noch einmal eingehend zu behandeln. Diese Frage, das Verhalten Blombergs usw. liegen bei uns ja völlig klar. Ich hatte nur die Absicht, Herrn v. Papen zu bitten, uns später vielleicht zu sagen, ob er einmal Gelegenheit hatte, sich gerade mit Fritsch über diese Frage zu unterhalten. Das ist aber eine Sache, die wir jetzt zurückstellen können. Der zweite Punkt, zu dem wir nun kommen, ist eigentlich der wesentlichste Punkt.

Wie ich Ihnen brieflich bereits skizzierte, Herr v. Papen, und gestern Abend auch nochmals auseinandersetzte, liegt die von uns selber gestellte Aufgabe, ursprünglich von der Europa-Union angestoßen, darin, entgegen der massenhaft verbreiteten pseudohistorischen Literatur über das sehr schwere und ernste Problem der Opposition und entgegen den sogenannten Tatsachenberichten, wie sie in den Veröffentlichungen des Prinzen Konstantin von Bayern, um nur einen zu nennen, ihren Ausdruck gefunden haben, nun endlich einmal in mühevoller Kleinarbeit die Fakten zusammenzustellen, die zur Opposition führten. Unser Bestreben ist es, die Opposition in ihren Handlungen und Taten klarstens herauszustellen - bis zum bitteren Ende. Hier würde uns nun eine Frage, Herr v. Papen, sie ist natürlich sehr allgemein gestellt, interessieren: Haben Sie im Laufe dieser Jahre Gelegenheit gehabt, mit führenden Persönlichkeiten der Opposition zu sprechen, Fühlung zu haben, etwas über ihre Absichten zu hören? Es ist uns hier die Person des Generalobersten Beck als der von uns erkannten Zentralfigur der Opposition ebenso interessant wie die Gestalt des Generalobersten Halder, der ja ein Problem für sich ist, an das wir uns nur ganz tastend heranwagen können. Das wären eigentlich die beiden Haupt- und Kernfiguren der ganzen Sache. Aber auch andere Persönlichkeiten, wie Gürdeler z.B. wären uns selbstverständlich ausserordentlich interessant, sofern Sie die Herren kannten.

Dürfte ich Sie bitten, Herr v. Papen, wenn Sie so liebenswürdig sein wollen, uns Ihre Erfahrungen hierüber mal zu schildern?

v. Papen: Was die beiden Hauptpersönlichkeiten anbetrifft, die Sie eben nannten, Herr v. Witzleben, Generaloberst Beck und Generaloberst Halder, so ist meine Antwort sehr kurz: Ich habe den Generaloberst Beck natürlich gekannt und ihn auch mehrfach gesprochen, habe aber niemals mit ihm ein Gespräch über Widerstandsfragen gehabt. Generaloberst Halder habe ich während meiner Besuche im grossen Hauptquartier im Osten, in der Wolfsschanze, zwei- oder dreimal gesprochen, und zwar suchte ich ihn in dem Bestreben auf, eine damals von gewisser Seite gewünschte Offensive durch die Türkei unter allen Umständen zu vermeiden. Dieses Problem hatte zunächst einen rein militärischen Hintergrund. Es hatte aber auch einen Hintergrund in Bezug auf den Widerstand, als - wenn ich das sagen darf - meine Politik in Ankara vom ersten Augenblick an darauf eingestellt worden ist, den Krieg so weit als aus meinem Gesichtsfeld heraus möglich, zu beschränken und die Türkei als Eckpfeiler des Südostens aus allen und jeden Umständen dem Kriege fernzuhalten, aus den verschiedensten militärischen, strategischen und nicht zuletzt politischen Gründen. Ich habe bei dieser Unterhaltung das volle Verständnis des Generalobersten Halder gefunden. Er sagte mir zu, selbst alles zu tun, um solche Pläne, sollten sie ernsthaft erwogen werden, auch seinerseits zu bekämpfen. - Über Fragen des direkten Widerstandes habe ich mit Halder nie gesprochen.

v. Witalen: Herr v. Papen, wann fand dieses Gespräch mit Halder über die türkische Frage in der Wolfeschanze statt?

v. Papen: Das muss zu dem Zeitpunkt gewesen sein, wo die italienische Offensive in Afrika niederbrach und nach einer Möglichkeit gesucht wurde, auf dem anderen historischen Wege, über die Türkei und Syrien, zum Sueskanal zu kommen.

Sendtner: Vor oder nach Beginn des Russlandfeldzuges?

v. Papen: Soweit ich mich erinnere, ist die italienische Offensive in Afrika zu dem Zeitpunkt zusammengebrochen, wo die Italiener auch in Albanien und Griechenland angriffen und noch ehe wir selbst in Griechenland engagiert waren.

Stadtmüller: Also im Spätherbst 1940; am 28. Oktober griffen die Italiener in Griechenland an.

v. Witalen: Die Frage war insofern sehr berechtigt, als die Wolfeschanze ja damals noch keine Rolle spielte und der Generalstab des Heeres noch nicht dort oben in Ostpreussen sass.

Bogatsch: Nein, er ist erst im Juni 1941 hingegangen.

v. Papen: Es war nach dem Abschluss des Krieges Griechenland-Jugoslawien, wo ich diese Unterhaltung im Hauptquartier Hitlers hatte zusammen mit dem König Boris.

Kasloff: Das war Ostern 1941.

Stadtmüller: Wenn ich dazu vielleicht etwas sagen darf, was die Zusammenhänge rekonstruiert: Im Mai 1941 ist General Felmk, wenn ich recht unterrichtet bin, zusammen mit dem Stab nach dem Irak, nach Damaskus, geflogen und hat irakische Luftwaffe gemint. Ich weiss nicht, ob es in diese Zusammenhänge gehört.

v. Papen: Ja, das war nach der Einnahme von Kreta dieses Abenteuer mit El Gailani (?), wo der Staatsstreich im Irak gemacht wurde und wo Herr Bahn von Ribbentrop beauftragt wurde, zu versuchen, dort einen Einbruch zu machen. Das ist die Gelegenheit, von der Churchill schreibt, dass sie eine der grössten Chancen gewesen sei, die wir in unserem militärischen Leben verpasst und nicht ausgenutzt hätten; denn wenn wir anstatt nach Kreta zu gehen mit unseren einzigartigen Luftlandetruppen dorthin gegangen wären und den Persischen Golf freigemacht hätten, dann wäre für England der Krieg sozusagen verloren gewesen. Worauf ich von meiner Seite nur zu erwidern habe, dieses Manöver war immer unausführbar, denn so lange wir das östliche Mittelmeer nicht hatten - die italienische Flotte fiel ja völlig aus, das habe wir bei der Eroberung von Kreta gesehen, wo sich nicht ein einziges Torpedoboot in die Nähe wagte, und alle unsere Einheiten von den englischen Einheiten heruntergeschossen wurden, ohne dass sich ein Italiener überhaupt zeigte, so wäre ein Nachschub für eine Operation in Syrien nach dem Persischen Golf völlig in sich zusammengebrochen und unausführbar gewesen, selbst wenn wir durch Luftlandetruppen momentane Erfolge gehabt hätten.

Stadtmüller: Gehört also Ihr Besuch in der Wolfeschanze in diese Zeit?

Bogatsch: Vielleicht darf ich Herrn v. Papen bitten, sich noch einmal genau zu erinnern, wo dieses Gespräch stattgefunden hat,

weil wir dann vielleicht den Zeitpunkt auf diesen Umwege sehr viel näher kommen. Ist es tatsächlich die Wolfsschanze gewesen? Dann kann es nämlich erst nach dem 21. Juli gewesen sein.

v. Witzleben: Es muss aber doch vorher gewesen sein.

Bogatsch: Da war das Hauptquartier aber in Zossen.

Senfthner: Nach Ihrem Buch, Herr v. Papen, fand jedenfalls eine Unterredung etwa im Januar, am 28. Januar 1941, statt. Da schreiben Sie auch: "General Halder, Generalstabschef des Feldheeres, mit dem ich diese Fragen eingehend besprach, war ganz unserer Ansicht, und so gelang es mir, Hitler von der Unmöglichkeit zu überzeugen, einen derartigen Krieg zu führen." Sie verlegen dieses Gespräch auf den Januar, es kann natürlich sein, dass Sie später noch einmal ein Gespräch hatten; denn die Sache mit El Gailani (?) war ja erst im April, Mai, Juni 1941.

v. Witzleben: Darf ich Sie mal einen Moment unterbrechen, Herr Senfthner? Für uns ist jetzt dies von Wert: Hat Generaloberst Halder bei diesen Gesprächen, Herr Reichskanzler, mal irgendwelche Andeutungen über oppositionelle Gedanken gemacht oder sich mal gegen das System, gegen die Führung seitens des Obersten Kriegsherrn ausgesprochen? Das sind für uns ausserordentlich wertvolle Fragen. Wenn wir sie beantwortet bekommen, würde das natürlich immer wieder eine Lücke füllen.

v. Papen: Sicherlich haben wir ein Gespräch dieser Art geführt, grosso modo möchte ich sagen, der Zwei-Fronten-Krieg und die Unmöglichkeit dieser ganzen Kriegführung überhaupt. Es lag nahe, dass ich als alter Soldat mit ihm dieses Thema berührte, wie wir ja alle diese Fragen, auch die türkische Frage, aus dem soldatischen Gesichtspunkte gesehen haben. Im Politischen brauchte ich ihm ja gar nichts zu sagen, das verstand er von allein. Ich habe immer den Eindruck gehabt, wenn ich mit ihm sprach, dass er in diesen Dingen nur widerwillig antwortete.

v. Witzleben: Er ging aber nicht so weit, durchblicken zu lassen, dass seiner Ansicht nach der Krieg verloren war?

v. Papen: Nein, damals nicht.

v. Witzleben: Das wären alle Punkte, Herr v. Papen, die Sie mit Halder besprochen haben, wobei also ausdrücklich festzustellen wäre, dass ein Gespräch oder auch nur eine Andeutung über Opposition, in die Halder - wenn auch nicht zu diesem Zeitpunkte, so doch erheblich früher - ja sehr stark verwickelt war, von seiner Seite mit keinem Wort berührt wurde?

v. Papen: Wir haben darüber nicht gesprochen.

Hesseloff: Herr Reichskanzler, haben Sie vielleicht von dritter Seite, nicht jetzt nach dem Kriege, sondern damals, etwas über Massnahmen erfahren, die der Generaloberst Halder entweder selbst aus seinem Amt heraus in Richtung auf einen Widerstand vorbereitet hat, oder bei denen er irgendwie beteiligt war? Ich denke an die Dinge von 1938, vor dem Frankreichfeldzug und ähnliches.

v. Papen: Ich kann nur folgendes sagen: Ich habe während der Zeit meiner österreichischen Botschaftertätigkeit fast jedesmal, wenn ich in Berlin war, Herrn Schacht aufgesucht und mit ihm, nachdem wir alle Telephone abgeschirmt hatten, völlig eindeutig über die

ganze Lage gesprochen. In diesen Gesprächen hat er mir immer wieder versichert, dass er die einzige Möglichkeit in einem Eingreifen der Generale sehe, dass er mit den höchsten Stellen in Verbindung stehe und glaube, dass im gegebenen Moment mit einer Aktion zu rechnen sei. Das war ungefähr 1937/38.

Hasselhoff: Aber konkrete Dinge sind Ihnen da nicht zur Kenntnis gekommen?

v. Papen: Nein.

Sendtner: Herr v. Papen, es würde uns sehr interessieren, zunächst einmal aus der Zeit bis Herbst 1939 und dann aus der Zeit Herbst 1939 bis Mai 1940 etwas zu hören. Hatten Sie damals Gespräche mit irgendwelchen namhaften Militärs über die Frage, wie der Krieg überhaupt verhindert werden könnte und, als er ausgebrochen war, wie wenigstens eine Offensive im Westen zu verhindern sei? Hatten Sie über diese Themen Gespräche?

v. Papen: Selbstverständlich. Sie erinnern sich, dass ich am Tage, als die Italiener in Albanien einmarschierten, nach der Türkei geschickt wurde. Das war am Karfreitag des Jahres 1939. Ich war zur Kur im "Weissen Hirsch" und wurde von Ribbentrop an das Telefon gebeten, wo er mir mitteilte, dass ich jetzt doch nach Ankara gehen müsse. Ich hatte diesen Posten zweimal abgelehnt, und auf meine Frage: "Warum?", erklärte mir Ribbentrop: "Es ist höchste Gefahr im Verzuge, die Italiener sind heute Morgen nach Albanien eingedrungen, und es besteht die Gefahr, dass der Krieg im Südosten ausbricht. Das muss unter allen Umständen vermieden werden." Ich erklärte, dies alles könne man ja am Telefon nicht besprechen und dass ich nach Berlin kommen würde. Ich fuhr dann nach Berlin und erklärte mich bereit, nach der Türkei zu gehen. Ich blieb acht Tage dort, und nach meiner Rückkehr fertigte ich eine Denkschrift an, die ich auch in meinem Buch kurz erwähne. Diese Denkschrift habe ich dem Chef des Generalstabes und mehreren anderen Leuten gegeben. Es kam darin zum Ausdruck, immer von meinem Gesichtspunkt als Botschafter des Reiches in Ankara begründet, dass beim Ausbruch eines Weltkrieges mit der Türkei auf der anderen Seite, dies schon den Verlust des Krieges am ersten Tage bedeute, weil ein solcher Krieg gegen das britische Empire ja nicht gewonnen werden kann, wenn man nicht an die Verbindungslinien des Empires herankommen kann. Da man es im 1. Weltkrieg mit der Türkei nicht konnte, würde man es gegen die Türkei im 2. Weltkrieg noch viel weniger können. Ich habe auch in meinem Buch den Auftritt geschildert, den ich mit Ribbentrop darüber hatte, als ich Ciano persönlich bei der Unterzeichnung des sogenannten Stahlpaktes in Berlin, darauf aufmerksam gemacht habe, dass gerade diese aggressive italienische Politik den größten Gefahrenherd für diesen neuen Krieg bilde. Ribbentrop hat mich daraufhin furchtbar angefahren: "Das ist doch nicht Ihre Sache! Ich mache hier die Politik! Wie kommen Sie dazu, dem Grafen Ciano solche Sachen zu sagen?" Ich antwortete ihm: "Das gehört zu meinem Amt. Sie haben mich ja dahin geschickt, um den Krieg zu verhindern. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass er durch ein Nachgeben Italiens verhindert werden kann, indem Italien einen Teil seiner Divisionen und Streitkräfte aus Albanien zurückzieht, lediglich einige Polizeikräfte zurücklässt und einige Inseln von Dodekanes, die der Türkei vor der Nase liegen, räumt. Italien würde damit ein entgegenkommen zeigen, so dass die Türkei wieder zu unseren Mächten Vertrauen gewinnen kann. Hierin liegt nämlich eine Chance, eine allgemeine Konflagration zu verhindern." Das habe ich Ciano dort an diesem Abend gesagt. Er ist dann mit einem hochroten Kopf zu Ribbentrop gestürzt, der an der anderen Seite des Saales stand und

sagte ihm: "Der Botschafter hat die Stirn, mir dies zu sagen! Er mutet mir zu, dass wir dies tun sollten!" Daraus entstand dann die Kontroverse. Das war im Mai 1939. 21.5.39

Dann bin ich nach Ankara zurückgefahren. Der Pakt, in dem die Türkei sich mit den Westmächten, mit Frankreich und England, verbündete, war nur paraphiert aber noch nicht unterzeichnet, und es war mir gelungen, vom Staatspräsidenten Laönü Zusicherungen zu erhalten, dass er in diesem Zustand der Paraphierung bleiben werde, wenn man erkennen könne, dass Deutschland friedlich bleibe. Das Ganze war ein Akt der Abwehr gegen die Bedrohung von den Mittelmächten.

Am 15. August starb dann meine Mutter, und ich musste nach Deutschland fliegen. Anschliessend an die Beisetzung meiner Mutter bin ich dann, nachdem ich auf allen Strassen Kolonnen marschieren sah, zu Hitler nach Berchtesgaden geflogen. Er hat mich da in ein Nebenzimmer genommen, und ich habe ihn gefragt, was das alles bedeute, und ob er den Krieg wolle. Darauf antwortete er mir: "Nein, ich will gar keinen Krieg. Ich habe eine wunderbare Sache!" Dann zeigte er mir das Abkommen, das er im Begriffe war, mit Russland zu schliessen. Ich habe damals unter dem Eindruck gestanden, dass das die ganze Situation retten würde; denn ein Nicht-Angriffpakt mit Russland, so schien es mir, würde die Polen zu einer günstigen Lösung der Korridorfrage veranlassen und das ganze Gewirr von Fragen, das damals auf uns lag und den Frieden bedrückte, würde man leichter zu lösen sein. Ich gestehe ganz offen, dass ich mit erleichtertem Herzen am Tage darauf nach Ankara zurückgefliegen bin.

Von dort aus habe ich dann lediglich die üblichen diplomatischen Möglichkeiten gehabt, dafür zu sorgen, dass man sich noch irgendwie einigte. Das Angebot über den Korridor, das Ribbentrop dem Henderson in 10 Minuten dieser dramatischen Sitzung vorgelesen hat, wurde uns durch den Rundfunk übermittelt, und ich bin zu meinen britischen Kollegen gegangen und habe ihm gesagt: "Hören Sie mal, das ist ja alles ein Missverständnis! Haben Sie das nicht gelesen? Man kann sich auf dieser Frage doch einigen!" Da hat er mir lächelnd, mit dem für die Engländer so typischen syrischen Humor gesagt: "Ja, ja, das Deutsche Reich hat uns sogar seine Hilfe angeboten, für den Fall, dass wir bedroht sein sollten." - Da war es dann aus. Von unten aus konnte man nichts mehr machen.

Ich habe dann, wie Sie wissen, unmittelbar nach der Beendigung des Polenkrieges versucht, durch meinen Freund, den holländischen Gesandten Dr. Visser, eine Friedensvermittlung einzuleiten. Dr. Visser war eine Persönlichkeit, die auch in England grosses Ansehen genoss, weil er ein grosser Himalajaforscher war. Wir beide hatten die Bedingungen besprochen, unter denen eine solche Beendigung des Krieges möglich sei. Er hatte sein Auswärtiges Amt im Haag informiert und bekam die Nachricht, dass Holland durchaus zu einer Friedensvermittlung in London bereit sei.

Ich hatte gehofft, Ribbentrop aus diesen Unterhaltungen ausschalten und sie mit Ribbentrop unmittelbar führen zu können. Das gelang aber aus technischen Gründen nicht. Ich erinnere mich nicht mehr, wie es war, aber Ribbentrop hatte jedenfalls über diese Korrespondenz erfahren.

Visser kam zurück aus Den Haag und sagte mir: "Jetzt machen Sie in Berlin weiter, wir sind bereit, in London zu vermitteln." Offenbar hatte er auch noch Zusagen, dass die Londoner zu einem Gespräch bereit seien. Ich flog nach Berlin, und die erste Wirkung meines Besuches bei Ribbentrop war die, ich musste nun offen mit ihm sprechen und ihm sagen, was zur Debatte stand, dass er einen Befehl an sämtliche Beamten des Auswärtigen Amtes erliesse, mich nicht zu empfangen und kein Wort mit mir zu sprechen. Dieser Befehl, der noch schriftlich vorliegt, ging an den Unterstaatssekretär, damals war das Otto v. Bismarck. Der Befehl wurde auch sehr strikte befolgt, und ich wurde

nur von einem Kanne empfangen, der das türkische Passort bearbeitete. Mit ihm durfte ich innertürkische Fragen besprechen. Ich kann im Moment nicht sagen, wer das war, ich glaube, es ist Hentig gewesen. Alle anderen lehnten ab.

1939 Okt+ Dann habe ich eine Pause von drei Tagen gemacht und bin nach der Westfront gefahren, eigentlich um den späteren Feldmarschall v. Witzleben zu sprechen, von dem ich gehört hatte, dass er auch zu den Generalen zu rechnen sei, die Gegner des Krieges waren. Ich habe ihn in seinem Hauptquartier in Kreusnach aufgesucht. Ich habe die Reise getarnt und gesagt, ich müsse nach Wallerfang, um dort nach meinem Besitz zu sehen, der in der Gefechtszone lag. Ich hatte mit Herrn v. Witzleben in Kreusnach eine Unterhaltung und fragte ihn: "Sagen Sie, wie wird das enden? Wie können wir das zu einem Schluss bringen?" Darauf hat er mir geantwortet: "Herr v. Papen, von uns aus, von der Generalität, ist beabsichtigt, die Fortsetzung des Krieges, einen Angriff nach Westen zu verhindern." Ich habe ihm von mir aus gesagt, was ich über die Holländer zu tun gedächte und ihn gefragt: "Glauben Sie denn, dass es möglich ist, mit Hitler zu einer Verständigung zu kommen?" Daraufhin sagte er: "Bisher hat er unseren militärischen Rat immer noch angenommen, und wenn wir ihm sagen, dass ein Angriff gegen die Westfront nicht zu einem Erfolge führen kann", was dasselbe, glaube ich, die landläufige Ansicht in der Wehrmacht war, "dann habe ich die Hoffnung, dass wir es vermeiden können." Ich habe mich dann selbst von Wallerfang aus überzeugt, wie es dort aussah, das war ja gar kein Krieg.

v. Witzleben: Darf ich eine Zwischenfrage stellen: War diese Unterhaltung vor dem 23. November 1939?

v. Papen: Ja, sie war bei meinem Oktoberbesuch.

Ich bin dann von Wallerfang aus zurück zu Hitler nach Berlin und habe ihm nun gesagt, wie diese Pläne waren. Herr v. Ribbentrop hatte mir befohlen, kein Wort von diesen Sachen mit Hitler zu besprechen. Ich ging aber allein zu Hitler und sagte ihm: "Ich muss Ihnen das sagen; denn das ist ja doch eine Sache von allergrösster Wichtigkeit. Es besteht eine Chance, über die Holländer mit den Engländern ins Gespräch zu kommen." Da hat er mir auf die Schulter geklopft und gesagt: "Nein, nein, Herr v. Papen. Das will ich gar nicht. Jetzt ist der Moment, den Westfälischen Frieden zu revidieren!" Ich habe mich an den Kopf gefasst: Westfälischer Frieden? Ich musste in meinem Geschichtsgedächtnis erst nachforschen, was das zu bedeuten hatte. Ich sehe uns noch auf und ab gehen in dem grossen Salon der Reichskanzlei, mindestens 1 1/2 Stunden, und dabei hat er mir vorgetragen, so wie Sie ihn kennen, was nun zu machen sei, und dass er den Angriff auf den Westen unter allen Umständen durchführen müsse, weil er sonst keine Revision des Westfälischen Friedens herbeiführen könne.

Das war das Ende der Verhandlungen mit Holland. Herr v. Ribbentrop hat es nicht mal für nötig befunden, den Brief, in dem die Königin Wilhelmine offiziell dem Auswärtigen Amt von ihrer Bereitschaft zu dieser Vermittlung Kenntnis gab, zu beantworten - soviel ich weiss.

v. Witzleben: Herr v. Papen, für uns ist es sehr interessant, dass hier offizielle Gespräche nach London liefen, und ich habe die Frage an Sie: War Ihnen durch irgend jemand, vielleicht auch durch Witzleben, bekannt, dass zu genau dem gleichen Zeitpunkt inoffizielle oppositionelle Gespräche im Vatikan liefen?

v. Papen: Nein.

v. Gersdorff: Exzellenz, auf welchem Wege sprach es sich bis zu Ihnen herum, dass der spätere Generalfeldmarschall v. Witzleben aus Oppositionskreis gehörte?

v. Papen: Wenn ich diese Frage beantworte, kann ich nicht mit Sicherheit sagen, ob es so gewesen ist. Ich habe ja mit vielen Soldaten gesprochen, mit Adam und mit Fritsch vor seinem Ende - auch mit Schacht. Möglicherweise ist in diesen Gesprächen der Name Witzleben sehr oft aufgetaucht.

v. Witzleben: Aber bei all den Namen, die Sie eben nannten, Herr Reichskanzler, Schacht, möglicherweise auch Fritsch, ist nie irgend etwas Konkretes über eine in Gange befindliche Gegenaktion gesprochen worden, auch nicht andeutungsweise?

v. Papen: Schacht hat mir immer gesagt, dass er an einer Aktion arbeite.

v. Witzleben: Und Schacht war die einzige Persönlichkeit, die Ihnen gegenüber so offen über eine bestehende Opposition sprach?

v. Papen: Ja, Fritsch hat mit mir nie darüber gesprochen. Er war ganz meiner Ansicht, dass unmögliche Zustände herrschten, aber über eine Opposition hat er in dem Sinne nicht gesprochen. Ich darf gleich hinzufügen, dass ich die ersten konkreten Mitteilungen über das, was wir später als die militärische Opposition bezeichneten, in einem Gespräch mit dem Grafen Hellborn und dem Grafen Bismarck erhielt. Das muss im Sommer 1942 vor Stalingrad gewesen sein. Ich war in Berlin, und da gab mir Hellborn eines Tages eine Beschreibung von dem, was in den Gefängnissen vorging: Verhaftungen und Hinrichtungen am laufenden Band, Zustände, die jeder Beschreibung spotteten und sagte mir: "So kann es nicht weitergehen, mit diesem Mann können wir nicht mehr zu verurteilten Zuständen kommen!" Hellborn war der erste, der mit mir sprach. Bei einem zweiten Gespräch kam auch Gottfried Bismarck dazu, und beide fragten mich dann: "Wollen Sie mitwirken an dieser Sache?" Ich sagte: "Selbstverständlich, wenn es notwendig ist, hier eine Remedur dieser Zustände zu schaffen, bin ich bereit." Es war damals, wie mir Hellborn oder Bismarck sagte, beabsichtigt, unter Leitung von Büchelager, hieran erinnere ich mich noch genau, das Hauptquartier zernieren zu lassen, Hitler gefangenzunehmen und ihm einen öffentlichen Prozess zu machen, weil man zu der Auffassung gekommen sei, man könne den Mythos seiner Persönlichkeit nur zerstören, wenn man einen öffentlichen Prozess mache, ihn aber nicht umbringe, weil man sonst wieder die Dolchstoßlegende hätte. Ehe man aber zu einem solchen Akt schreite, sei es notwendig, zu wissen, was die Gegner aus dem Deutschen Reich machen würden. Hier wäre nun der Punkt, wo ich einzusetzen hätte. Meine Aufgabe sei es, festzustellen, welche Bedingungen man dem Deutschen Reich machen würde, wenn wir uns auf diese Weise von Hitler trennen. Das habe ich dann in den in meinem Buch beschriebenen Gesprächen mit dem früheren Bundesfreund Roosevelts, dem Gouverneur von Pennsylvania, George Earle, getan. Ich kannte ihn schon als amerikanischen Gesandten in Wien, während des Krieges war er Gesandter in Sofia und zu der Zeit, von der ich jetzt spreche, war er als Navy-Attaché in Istanbul. Er schien mir die geeignete Persönlichkeit, um das festzustellen. Was daraus erfolgt ist, habe ich ja geschrieben.

Sandtner: Herr v. Papen, man muss unterscheiden zwischen zwei Oppositionsbewegungen, wenn man so sagen will. Die eine Bewegung bestand aus denen, die in, nach damaligem Sinne legaler Weise auf Hitler einzuwirken und ihn von diesem oder jenem Irrsinn abbringen

wollten. Da gab es ja nun unzählige solcher Bemühungen, sie waren alle gut gemeint und alle erfolglos. Dann gab es aber doch schon sehr frühzeitig die Aktionen, die darauf abzielten, ihn zu beseitigen, weil man sich sagte, es ist keine Ruhe, wenn er nicht weg ist. Die erste Aktion, das ist ja historisch, war die grosse Aktion im Jahre 1938, unmittelbar vor der Tschechenkrise, als Beck, Halder und Brauchitsch wenigstens schon absprungbereit waren - ob sie abgesprungen wären, wenn --, weiss man nicht. Von diesen Aktionen hatten Sie, Herr v. Papen, damals keine Kenntnis?

v. Papen: Nein, davon hatte ich keine Kenntnis.

Sendtner: Von den im Jahre 1939, vor Ausbruch des Krieges, in sehr viel schwächerer Form aber immerhin doch wenigstens im Ansatz erkennbaren gleichen Aktionen zur Verhinderung des Krieges, eventuell unter rechtzeitiger Ausschaltung oder Beseitigung des Regimes, hatten Sie damals auch keine Kenntnis?

v. Papen: Nein.

Sendtner: Ihre Kählungnahme mit Kreisen, die es auf den Sturz Hitlers abgesehen hatten, begann eigentlich, wenn ich richtig verstanden habe, erst - sagen wir im Spätherbst 1942 und mündete dann für Ihre Person in die Gespräche mit Maria aus?

v. Papen: Jawohl.

Sendtner: Wenn ich im Anschluss hieran gleich zu den anderen Fragen kommen darf, vielleicht könnten Sie uns ein paar Worte sagen: Sie kannten doch Gördeler? Der ja auch schon vor 1939 zu jenem Kreis gehörte, der es eigentlich auf den Sturz Hitlers abgesehen hatte und sich sagte: Ohne das geht es nicht! Gördeler wird uns immer geschildert als ein ausserordentlich rätselhafter Mann, der zum Leidwesen seiner Gesinnungsgenossen das Herz auf der Zunge trug. Hat Ihnen Gördeler nicht auch einmal irgendwelche Propositionen oder Mitteilungen gemacht?

1932  
v. Papen: Nein, und zwar will ich Ihnen auch sagen, aus welchem Grunde. Ich habe Gördeler nie sehr intim gekannt, ich habe ihn eben gekannt, wie man alle hohen Persönlichkeiten gekannt hat, mit denen man hier und wieder in Berlin zusammengekommen ist. Als ich mein Kabinett bildete, hatte Herr v. Schleicher ihn als Wirtschaftsminister vorgesehen. Er hat damals an mich die Bitte gerichtet, er wolle zugleich mit dem Wirtschaftsministerium auch das Arbeitsministerium übernehmen. Mir wäre das ganz recht gewesen. Ich habe mit Schleicher, der die Vorbereitungen für die Zusammensetzung des Kabinetts getroffen hatte, darüber gesprochen und ihn gefragt, was er davon hielt. Schleicher aber sagte, nein, auf keinen Fall. Zwei Ministerien kann er auch gar nicht leisten, und das Arbeitsministerium ist so unerhört wichtig in unserer jetzigen Zeit, wo wir uns mit der Arbeitsbeschaffung befassen wollen und das Wirtschaftsministerium auch (wir wollten doch einen grossen Plan machen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen), dafür müssen wir schon zwei Leute haben. Ich fand das sehr plausibel und habe Herrn Gördeler gesagt, es täte mir furchtbar leid, aber das könnte ich nicht machen. Er scheint mir das persönlich übelgenommen zu haben, offenbar in der Auffassung, dass das mein persönlicher Entschluss gewesen sei. Ich habe ihn auch nicht gesagt, dass er Schleicher war; denn ich habe ja in eigener Machtvollkommenheit gehandelt. Seit der Zeit hat er mich gemieden und ist also nie mehr an mich herangetreten.

Sendtner: Herr v. Papen, es ist irgendwo die Rede davon, dass Cordeler im Sommer 1939, als er in den Wochen vor Kriegsausbruch eine Reise nach dem Südoosten machte, in Cairo und danach in Ankara gewesen sei.

v. Papen: Ich habe gestern schon Herrn v. Witzleben gesagt, dass ich ihn meiner besten Erinnerung nach nie in der Türkei getroffen habe, und er auch niemals da gewesen ist; ich würde mich sonst bestimmt daran erinnern. Es muss also vor seiner Berufung nach Ankara gewesen sein. Ich bin dort, glaube ich, am 1. Juni eingetroffen.

Sendtner: Und Sie waren in dem ganzen Vierteljahr vor Beginn des Krieges in Ankara? Er könnte also nicht während Ihres Urlaubs dort gewesen sein?

v. Papen: Wie ich Ihnen erzählte bin ich dann etwa 8 - 10 Tage dort geblieben, dann nach Berlin geflogen zu dieser Unterzeichnung und den Gesprächen über mein Memorandum und bin dann wieder zurück.

Sendtner: Es ist ja auch sehr unwahrscheinlich, dass ein so prominenter Deutscher sich in Ankara aufhält, ohne sich auf der Botschaft zu zeigen.

v. Papen: Ja, wenn ein Deutscher von Prominenz sich in der Türkei aufhält, erfährt man das ja. Ich würde es also bestimmt wissen.

Bogatsch: Ich möchte noch einmal zurückgreifen. Herr v. Papen erwähnte vorher diese Unterhaltung mit dem holländischen Gesandten, den Besuch beim Feldmarschall v. Witzleben und anschliessend bei Hitler in Berchtesgaden zur Einleitung einer Friedensaktion via Holland nach England. Ist bei diesen Arbeiten, wenigstens gedanklicher Art, mal die Frage aufgetaucht und ventiliert worden, wie die Frage Hitler-Regime im Rahmen einer Friedensaktion zu behandeln wäre? Ich darf mich genauer ausdrücken: Ist damals schon daran gedacht oder unterstellt worden, dass praktisch die Voraussetzung für einen Friedensschluss eine Beseitigung des Hitler-Regimes sei? Zumindest bei Ihnen selbst, Herr v. Papen, oder auch weitergehend.

v. Papen: Ich persönlich bin der Ansicht gewesen, dass der Start zum 2. Weltkrieg das Ende des Reiches bedeuten würde. Nachdem der Polenkrieg so schnell über die Bühne gegangen war und man diese Zurückhaltung im Westen sah, habe ich es für möglich gehalten, dass man diesen Kriegszustand in irgendeiner Form beenden könne, ohne Hitler zu beseitigen, also mit ihm.

Bogatsch: Ist, wenn ich fragen darf, auch von der holländischen Seite dieser Gedanke nicht in die Debatte geworden worden?

v. Papen: Nein, die Bedingung ist damals von holländischer Seite nie erwähnt worden, dass man nur unter Beseitigung Hitlers zunächst zu einem Waffenstillstand und dann zu einem Frieden kommen könne.

Bogatsch: Das ist nun sehr interessant im Zusammenhang mit den Parallelaktionen, wo diese Frage ja absolut und ganz klar gestellt wurde.

v. Witzleben: Herr v. Papen, wenn ich noch eine weitere Frage an Sie stellen darf - verzeihen Sie, bitte, wenn wir Sie mit so furchtbar vielen Fragen überfallen. Wir sprachen gestern kurz über Canaris. Canaris ist ja nicht gerade

ein zentraler Punkt in der Opposition, nach unserer Auffassung, - Minister Müller, der ja damals entscheidend war in den römischen Gesprächen, ist anderer Auffassung. Kurzum, Canarias wusste über alles, was geschah, Bescheid und war dazu bereit, die nötige Deckung für alles, was in der Opposition vor sich ging, zu geben und gab sie auch. Haben Sie in Ihren Gesprächen mit Canarias, der ja sehr vorsichtig war, irgendwie mal eine Andeutung gehört, in welchen Bahnen sich Canarias bewegte?

Die Figur Canarias ist eine Gestalt, die auch noch sehr der Durchleuchtung bedarf. Es gibt zwar viel Literatur über ihn, aber sie ist da und dort immer noch fragwürdiger Natur. Deshalb wäre es für uns sehr wertvoll, wenn wir zur plastischen Darstellung der Gestalt des Admirals Canarias, um die sich ja schon so viele bemüht haben, einen Beitrag erhalten könnten.

v. Papen: Ich habe zu Canarias, den ich seit vielen Jahren kannte, eine intimere Fühlung erst bekommen, als mein Sekretär, der Herr v. Ketteler, ermordet wurde. Damals bin ich hilflos suchend in sein Büro gegangen und habe ihn gefragt, ob es keine Möglichkeit gäbe, die Leute in der Gestapo festzustellen, die das auf dem Gewissen hätten. Es haben darüber mehrere Besprechungen in seinem Büro stattgefunden, und er hat mir zu dieser Zeit erzählt, wie schwierig seine eigene Position gegenüber Heydrich und der ganzen Gestapo sei, dass er aber alles tun wolle, um von sich aus zu helfen und zu klären. Das war im Sommer 1938, Ketteler wurde beim Märzmarsch in Wien ermordet.

Nachdem Canarias also kein Hehl aus der Schwierigkeit seiner eigenen Position gegenüber der Gestapo machte, und ich kein Hehl machte aus meinen Gedanken hinsichtlich des Regimes, so wussten wir beide von einander, wie wir über den Fall dachten. Diese gedankliche Übereinstimmung ist während der verschiedenen Male, wo ich ihn im Kriege sah, durchaus die Grundlage unserer Gespräche gewesen. Er hat immer gewusst, aus welchen Gründen ich die Türkei heraushalten wollte und hat mich in diesem Vorhaben stets unterstützt. Er hat auch meinen Wünschen in Bezug auf Abwehr oder andere Fragen, die ich betreffend die Türkei haben konnte, immer alles getan, was in seinen Kräften stand. Aber er hat sich mir gegenüber immer nur auf die Idee einer Einengung des Krieges beschränkt und nie mit mir über eine Besetzung Hitlers gesprochen, sondern nur darüber, was man zu diesem oder jenem Zeitpunkt machen könne, um die Ausweitung des Krieges zu verhindern.

Hölper: Herr Reichskanzler, hat Admiral Canarias vielleicht mal irgendwelche Andeutungen gemacht über seine Gespräche mit General Franco in Spanien?

v. Papen: Nein, aber wir wissen ja heute, dass, offenbar in dem Bestreben, den Krieg nach der spanischen Seite zu beschränken, an die griechische Regierung ein Waffenstillstandsangebot gerichtet worden ist und zwar kurz vor dem Zeitpunkt des Eingreifens der deutschen Kräfte. Dieses Waffenstillstandsangebot ist durch Canarias in Madrid gemacht und durch die Vermittlung einer spanischen Persönlichkeit an den griechischen Botschafter, einen Admiral, dessen Name mir entfallen ist, gerichtet worden, der es dann nach Athen gekabelt hat. Dieses Angebot war ausserordentlich unglücklich für die Italiener; denn es war darin stipuliert, dass Griechenland im Besitz der von ihm bereits erkämpften Gebiete Südalbanien bleiben sollte, und dass sich dann zwischen die griechische und die italienische Front deutsche Einheiten schieben sollten, um den Waffenstillstand zu garantieren. Es ist nicht klar und wird vielleicht auch niemals festgestellt werden können, aber es ist als ziemlich sicher anzunehmen,

Inst.

dass Canaris dieses Angebot nur im Einverständnis mit Hitler gemacht haben kann. Man weisse, wie unangenehm Hitler dieser Einmarsch in Griechenland gewesen ist, und vielleicht hat er versucht, da Remedur zu schaffen und Canaris gesagt: "Das ist eine sehr gute Idee von Ihnen, versuchen Sie doch, das zu machen ohne offizielle Mission." Die Sache ist zum Scheitern gekommen, weil gerade zu diesem Zeitpunkt, es lag eine Spanne von 6 - 10 Tagen zwischen der Auftragserteilung und dem Scheitern, der italienische Rückschlag in Afrika erfolgte. Vermutlich sagte sich Hitler: Wenn ich bei diesem Zusammenbruch in Afrika den Italienern noch dieses Waffenstillstandsangebot präsentiere, springen sie wahrscheinlich überhaupt ab und erklären den Krieg für verloren. Dann bin ich diesen Achsenpartner, das kann ich nicht machen.

Ich sage das nur, um die Rolle von Canaris in diesem Fall zu beleuchten, die Einschränkung des Krieges auf der spanischen Seite wegen Gibraltar und auf der Balkanseite durch dieses Waffenstillstandsangebot. Also der Sinn war immer: Einschränkung wo irgend möglich.

Bendtner: Damals war ja wohl auch das Projekt Gibraltar noch in der Schwebe - oder war es schon aufgegeben? Das Projekt Gibraltar lag meines Wissens im Sommer/Herbst 1940.

v. Papen: Ich darf zu diesen letzten Ausführungen sagen, dass diesen Fragen die Gattin des Professors Percy Schramm nachgegangen ist, die ein Buch über diese Zusammenhänge in Griechenland veröffentlichen will und sowohl in Spanien wie in Griechenland Quellenforschungen betrieben hat. Man wird also nächstens authentisch erfahren, wie diese Zusammenhänge waren.

Hölper: Mir kam es vor allen Dingen darauf an, ob Sie darüber etwas wissen - das sind nun Behauptungen, die vom Reichssicherheitshauptamt aufgestellt worden sind - dass Canaris mit einem ausdrücklichen Auftrag Hitlers nach Spanien zu Franco geschickt wurde, um Franco zu bewegen, Gibraltar anzugreifen, dass er aber gerade das Gegenteil gegenüber Franco und dem damaligen Außenminister getan hat. Diese Behauptung geht zurück, nach der Darstellung eines früheren Beamten des Reichssicherheitshauptamtes, auf Aussagen des Kommandeure der sogenannten "Blauen Division", der spanischen Division. Es hätte mich interessiert, ob Ihnen darüber in Gesprächen mit Canaris etwas bekannt geworden ist.

v. Papen: Nein, nichts. Aber da brauchen Sie ja bloss Emilio Grande (?) zu fragen, er lebt ja noch.

Hölper: Und bezüglich des Falles Vermeiren, dem Agenten der deutschen Abwehr in der Türkei, der zu den Engländern übergegangen ist und eigentlich den formalen Anlass zum Sturz Canaris' gegeben hat, hatten Sie auch keine nähere Beziehung mit Canaris?

v. Papen: Sein, ich kannte den Fall sehr genau, weil das ja um Haaresbreite zu meiner eigenen Abberufung geführt haben würde, da Frau Vermeiren eine entfernte Verwandte von mir war.

v. Witzleben: Ich habe dann eine nächste Frage zur Person des Botschafters v. Hassell. Herr v. Papen, haben Sie mit Hassell irgendwo und irgendwann in diesen entscheidenden Fragen der Opposition mal Fühlung gehabt?

v. Papen: Ich habe mich mit Hassell über das ganze Problem des Nationalsozialismus sehr eingehend unterhalten bei meinem Besuch 1933 in Rom, und im Juni 1934, wo ich einen kurzen Erholungsurlaub in Sorrent verbrachte, schrieb ich ihm einen Brief voller Befürchtungen, dass

das, was wir konservativen Mitglieder der Regierung erhofft hätten, nun alles in die Brüche ginge, und dass die ganze Sache ein schlechtes Ende nehmen würde. Ich bin acht Tage später auf der Rückreise in Rom sein Gast gewesen, und er hat mir damals Vorwürfe gemacht, dass ich einen solchen Brief der Post übergeben und an ihn geschrieben hatte. Ich wandte ein, dass die italienische Post unsere Briefe ja nicht lesen würde - ich war noch sehr harmlos damals. Ausserdem schien es mir unbedenklich, meine Befürchtungen zu sagen, ich habe sie ja auch anderen Leuten gegenüber gesagt.

Wir haben uns dann über das Problem lange und ausführlich besprochen, und er hat mich am Abend dieses Tages, wo ich in Rom war, mit Mussolini zusammengebracht. In der Idee, dass Mussolini willensmässig der Stärkere sei und irgendwelchen Dummheiten Hitlers vorzubeugen in der Lage wäre, habe ich damals dem Duce gesagt: "Wir müssen eine Zusammenkunft haben zwischen Ihnen und ihm, damit Sie ihn von diesen ganzen Torheiten, die er vor hat und die er macht, abbringen!"

Mussolini antwortete: "Natürlich, sehr gerne, ich will ihn gerne treffen. Sagen Sie ihm, sein Besuch wäre mir sehr angenehm, er soll sich ansagen und bald kommen!"

Wie ich mit dieser Idee nach Berlin zurückkam, hat mich zunächst Neurath sehr scharf angefasst und gesagt: "Wie kommen Sie dazu? Das ist ja gar nicht Ihr Ressort!" Ich entgegnete: "Ja, natürlich ist das Ihr Ressort. Ich habe auch gar nicht die Absicht, Hitler zu begleiten, das ist Ihre Aufgabe als Aussenminister. Aber als Führer der sogenannten Opposition innerhalb des Kabinetts habe ich schliesslich auch meine Verpflichtungen, und ich habe mir gedacht, dass es vielleicht nützlich sein könnte, zu diesem Zeitpunkt der internen Spannungen die beiden Männer zu einer Aussprache zu bringen."

Daraufhin hat die Konferenz in Venedig stattgefunden, die ja bekannt ist, mit dem völlig negativen Ergebnis, dass sie an einander vorbeigesprochen haben, und der Hitler nicht nur nicht irgendwie beeindruckt war, sondern mit direkt schlechten Eindrücken bezüglich des Einwirkens der Monarchie auf das faschistische Regime zurückgekommen ist.

Seit der Zeit datieren also meine Beziehungen zu Hassell, und er kannte meine Auffassung genau. Wir haben uns während ich Botschafter in Österreich war sehr häufig über österreichische Fragen, die beide Länder interessierten, unterhalten, und dann wurden wir ja zusammen am 4. Februar 1938 verabschiedet. Nach diesem 4. Februar habe ich Herrn v. Hassell mehrfach getroffen, wenn ich von der Türkei aus nach Berlin kam. Er war meistens in Berlin. Ich habe ihm dann meine Ansichten gesagt und von mir aus gesagt: "So lange ich in der Türkei bin, wird der Krieg dorthin nicht ausgedehnt werden. Wenn er auf die Türkei übergeht, so werden Sie mich dort nicht mehr sehen." Dieses Gespräch ist auch von ihm notiert, und er hat hinzugefügt: "Na, wer weiss?" Er war ja ein grosser Skeptiker, und ich glaube auch, dass viele seiner Ideen, die er tagebuchmässig aufgeschrieben hat, der Öffentlichkeit nicht preisgegeben worden wären, wenn er das Tagebuch selber veröffentlicht hätte. Es liegen, soviel ich weiss, ja keine Aufzeichnungen aus den Jahren vor 1939 von ihm vor. Ich weiss nicht, ob die Familie welche besitzt oder nicht. In diesen Gesprächen, die ich jedenfalls dort in Berlin mit ihm geführt habe, ist die Übereinstimmung unserer oppositionellen Haltung sehr klar zum Ausdruck gekommen, aber er hat mir niemals von irgendeinem festen Plan gesprochen, in den er verwickelt gewesen sei.

Ich habe bei meinem Besuch in Madrid im Frühjahr einen Engländer kennengelernt, Mr. Lonsdale Brien. Er hat ein Buch geschrieben, das in Deutschland wenig bekannt ist, ich weiss nicht, ob die Herren Historiker es kennen, über seine Beziehungen zu Hassell und seine Gespräche. Ich würde doch vorschlagen, dass Sie dieses Buch vielleicht als Quelle verwenden. In diesem Buch, es ist das einzige, das

er geschrieben hat, greift er die britische Regierung sehr stark an. Er ist mit Hassell zunächst als Privatmann zusammengekommen, und dann haben sie beide über die Notwendigkeit der Beendigung des Krieges gesprochen, während des Polenkrieges, glaube ich. Er war ein Vermittler zwischen Hassell und der englischen Regierung.

( Pause )

Dr. Franz: Es wäre für uns sehr interessant, wenn Herr v. Papen uns über den Generaloberst v. Fritsch, den Sie, Herr Reichskanzler, ja sehr gut kannten, etwas sagen würde, speziell über die Stellung, die Fritsch und Blomberg im Zusammenhang mit der Machtübernahme im Januar 1933 eingenommen haben und die Rolle, die die Reichswehr in diesem Zusammenhang spielte oder nicht spielte.

v. Papen: Zur Zeit des 30. Januar war Hammerstein ja der Chef der Heeresleitung, der Wechsel kam dann erst ein paar Monate später. Ich kann von der damaligen Zeit nur sagen, dass ich bei Auftauchen der Frage, dass Hitler den Hammerstein loswerden und ihn durch Herrn v. Reichenau ersetzen wollte, zu Hindenburg gegangen bin. Ich habe darüber ein Gespräch mit dem Feldmarschall gehabt, und der Feldmarschall war höchst aufgebracht über die Tatsache, dass der Herr v. Blomberg sich so stark für den Herrn v. Reichenau engagiert. Offenbar hatte der Reichskanzler Hitler dem Feldmarschall vorgetragen, dass der einzig mögliche Nachfolger für Hammerstein Herr v. Reichenau sei, und in dem Gespräch, das ich mit dem Feldmarschall hatte, kam zum Ausdruck, dass der Feldmarschall Herrn v. Reichenau in keiner Weise für geeignet hielt, nicht aus politischen Gründen, die ihm ja immer ferner lagen, sondern aus rein militärischen Gründen. Er sagte: "Dieser Herr hat ja noch nicht mal ein Regiment geführt, wie will er dann an die Spitze einer Wehrmacht treten?" Ich empfahl ihm dann Herrn v. Fritsch, mit dem ich in der Akademie drei Jahre zusammengeseessen hatte, und den ich persönlich sehr gut kannte. Das machte auch gar keine Schwierigkeiten. Hitler war es sehr unangenehm, und Blomberg hat ja - ich weisse nicht, ob das allgemein bekannt ist - dem Feldmarschall gegenüber sogar gesagt, dass er die Frage, ob Reichenau oder nicht Reichenau, mit seinem Abschied beantworten würde. Worauf der Feldmarschall ihm sagte: "Das ist ja etwas völlig ungewöhnliches, dass kein Kriegsminister in einer Frage, die Prärogative des obersten Befehlshabers ist, seinen Abschied androht!", und hat den Herrn v. Blomberg sozusagen vor die Tür gesetzt.

Ich habe Fritsch wirklich sehr gut gekannt, und oft mit ihm auch über das Regime und die Fragen, die uns damals alle beschäftigten, gesprochen. Von den Zusammenhängen der sogenannten Fritsch-Krise habe ich nur ganz oberflächlich Kenntnis bekommen, ich war zu der Zeit in Wien. Ich war zu der Zeit sehr überrascht über die Art, wie Hitler diese Krise gelöst hat, nach aussen mit der Ablegung einer Reihe von Botschaftern usw.

Ich wüsste nicht, womit ich sonst noch zu dieser Frage beitragen könnte.

v. Mitschke: Ich glaube, Herr Reichskanzler, dass damit wohl auch die Fragen, die wir hatten, erschöpft sind; denn alle die Herren, die in der Opposition eine Rolle spielten, haben wir durchgesprochen. Der Herr Reichskanzler hat uns dankenswerterweise über alle diese Persönlichkeiten die Auskunft gegeben, die er aus seinen persönlichen Eindrücken gewonnen hat.

Ich möchte nun bezüglich des Problems Hit und Widerstand die Frage dahin noch kurz formulieren: Wir haben über das Hit-Problem bereits des längeren und breiteren gesprochen und über die Rolle, die der

Herr v. Blomberg in Bezug auf den uns aufoktroyierten und befohlenen Eid gespielt hat. Uns würde in diesem Zusammenhang zunächst mal interessieren, ob Sie Gelegenheit hatten, gerade über dieses Eidproblem mal mit dem Generalobersten Freiherr v. Fritsch zu sprechen oder mit anderen führenden Persönlichkeiten der Wehrmacht. Damals spielte ja diese überfallartige Verteidigung bei Hindenburgs Tode eine ausserordentlich grosse Rolle. Ich weiss nicht, ob bei den Herren des Gremiums die Absicht besteht, die Frage der ersten Änderung des Eides vom 1.12.1933 auch noch zu erörtern? Ich persönlich halte es kaum für nötig.

Es handelt sich also lediglich um Gespräche über diese neue Verteidigung, die ja in ihrer ganzen Form ein völliges Novum war, nicht nur durch das überfallartige, sondern vor allem auch durch die Formulierung, weil man in diesem Eid die Worte Verfassung, Volk, Reich und Vaterland bewusst ausgelassen hatte.

Herr v. Papen, haben Sie mal Gelegenheit gehabt, über diese Neuvereidigung zu sprechen?

v. Papen: Nein, Herr v. Witzleben. Sie müssen bedenken, dass ich zu dem Zeitpunkt, als dieses Gesetz erlassen wurde, oder wenigstens drei Wochen später, nach Österreich gegangen bin und während meines österreichischen Aufenthaltes verhältnismässig wenig in Kontakt mit meinen früheren Kameraden gekommen bin. Ich erinnere mich nicht, dass wir über diese Frage debattiert hätten.

Sendtner: Zum Thema Eid liesse sich natürlich noch sehr viel sagen. Das wesentliche war aber wohl, zu hören, ob Herr v. Papen in seinen Gesprächen mit führenden Militärs die Problematik dieses Eides erörtert hat. Herr v. Papen hat diese Frage verneint.

v. Witzleben: Ich glaube, Herr Sendtner, dass die Frage des Eides bei uns eigentlich eine Klarheit gewonnen hat, die meinem Gefühl nach erschöpfend ist, wenn nicht einer der Herren noch eine Frage dazu hat.

Dr. Franz: Man könnte höchstens die Frage stellen, ob der Herr Reichskanzler in dieser Eidangelegenheit vielleicht noch zur Persönlichkeit Blombergs etwas sagen kann. Denn diese rasche und überfallartige Verteidigung der Reichswehr auf Hitler als dem neuen Obersten Befehlshaber war doch nur möglich auf Grund einer persönlichen Einvernahme zwischen dem Reichswehrminister und Hitler.

v. Witzleben: Und zwar noch zu Lebzeiten Hindenburgs.

*Blomberg*

v. Papen: Darin besteht ja eben die Charakteristik des sogenannten Staatsstreiches, die wir vorher erörterten. Ich bin durchaus Ihrer Ansicht, dass das ein unerhört schwerwiegender Punkt in dem ganzen Fragenbereich ist. Es ist sicherlich von ausserordentlicher Wichtigkeit, eine klare Stellungnahme zu beziehen. Wenn wir demnächst nun wieder vor die Frage gestellt werden, in irgendeiner Form eine neue Wehrmacht zu schaffen, so kann ich mir gar nicht vorstellen, dass es geschieht, ohne eine klare Konzeption dieser ganzen Frage herbeizuführen, auch der Frage der sittlichen und moralischen Berechtigung des Widerstandes, wo die Grenzen liegen und wo die Pflichten liegen. Ich kann mir gar nicht vorstellen, aus meiner Seele als alter Soldat, dass es überhaupt möglich ist, eine Armee aufzubauen, wenn über diesen Fragenkomplex nicht Klarheit besteht. Mir ist es völlig gewiss, dass man sich in der lebenden Generation niemals über diese Dinge einigen wird. Aber wenn von beiden Seiten die Thesen klargestellt sind, so kann man doch vielleicht unter die Diskussion dann einen Strich machen und sagen, wir beginnen nun neu, nachdem die Situation klargestellt ist. Jeder kann die Ansicht vertreten, die er

gewissenhaftig für die richtige hält. Aber so wie der Zustand heute ist, kann ich mir nicht vorstellen, dass man mit der europäischen Armee, die uns ja alle beschäftigt und überhaupt in diesem Rahmen der Europa-Union, zu Stuhle kommen wird, ehe dieses Problem klar liegt.

v. Witzleben: Herr v. Papen, es wird unser Bemühen sein, hierüber ganz klar in unseren Publikationen zu sprechen. Ich bin aber der Ansicht, dass trotz dieser Bemühungen der Widerstreit der Meinungen nicht zu überbrücken sein wird. Wir haben gegen die Anhänger der Lehre "Landesverrat bleibt Landesverrat, und eine Diskussion darüber gibt es nicht!", ebenso zu kämpfen wie gegen die Anhänger der Auffassung, dass "Eid ein Eid ist und eben gehalten werden muss". Wir sind hier im Gremium zu diesen Dingen wesentlich anderer Auffassung und halten es für geboten, dass über diese Fragen einmal ganz klar gesprochen, bzw. geschrieben wird. Wir haben auch die Unterstützung der Kirchen darin, dass es sehr wohl ein Widerstandsrecht und auch eine Widerstandspflicht gibt, ebenso darin, dass ein Eid, der eine Gegenseitigkeit bedingt, dann nicht mehr bindend ist, wenn der, der den Eid rückwirkend auf uns ausstrahlt, den Eid vom Augenblick an, wo er geleistet wurde, nicht gehalten hat. Darüber muss ganz eindeutig und klar geschrieben werden, gerade im Interesse der neuen Wehrmacht, und ich glaube, dass man das nur begrüssen kann, auch von Seiten der Offiziere, die der neuen Zeit aufgeschlossener gegenüber stehen, wie ein grosser Teil unserer alten Kameraden, die das nationalistische Hemd noch nicht haben abstreifen können.

v. Papen: Ich bin sehr dankbar, meine Herren, dass dieses Gremium mich eingeladen hat, um mir einige Fragen zu diesen Komplexen zu stellen, weil ich von der Wichtigkeit dieser Fragen zutiefst überzeugt bin. Ich unterstreiche das, was Herr v. Witzleben jetzt eben ausgeführt hat.

Aber abgesehen von dem engen Rahmen der Neuschaffung einer Wehrmacht und unserer Verteidigung gibt es ja auch einen grösseren Rahmen der Wiederherstellung allgemeinen Rechtes in unserem deutschen Vaterland, der, glaube ich, bei Ihren Erwägungen auch nicht ausser Acht gelassen werden sollte. Verzeihen Sie, wenn ich nun aus eigenem Erleben spreche, weil mich diese Fragen sehr bewegen:

Wir haben doch, weder auf der die zukünftige Wehrmacht angehenden Seite, noch auf der allgemeinen Basis der staatsbürgerlichen Rechte bis heute eine klare Rechtslage wiedergewinnen können. Wenn ich in diesem Zusammenhange von mir sprechen darf: Sie kennen jetzt alle mein Leben wie ich es geschrieben habe. Man mag darüber denken und urteilen, wie man will. Ich habe sehr viele Fehler gemacht und alles mögliche getan. Ich bin heute und bis an mein Lebensende sämtlicher bürgerlichen Ehrenrechte entkleidet, es gibt dagegen keine juristische Remedur. Ich habe es in Bayern versucht, in dem Lande, wo ich verurteilt wurde, ich habe es versucht in Rheinland-Westfalen, wo ich zu Hause war. Es gibt es nicht. Das Urteil, das mich verdammt hat zu dem Ausschluss aus der Gemeinschaft der deutschen Bürger, begründet es so, es steht dieser Satz auch wörtlich in meinem Buch zu lesen: "Man billigt einen Beamten zwar zu, dass er dem Regime dienen konnte, wenn er den Willen hatte, möglichst viel Schlechtes zu verhindern und möglichst viel Gutem zum Durchbruch zu verhelfen. Von der höheren Kategorie, zu der Sie, Herr v. Papen, gehörten, musste mehr verlangt werden, nämlich die Beseitigung Hitlers." Die Beseitigung Hitlers war, wie wir alle wissen, nur möglich durch einen Gewaltakt. Man kann zu der Frage des Tyrannenmordes verschiedener Ansicht sein, das lasse ich offen. Man kann aber nicht jemand, der einen Tyrannenmord aus

moralischen Bedenken verneint, nach meiner Ansicht, seine bürgerlichen Ehrenrechte abgeben. Ich habe gestern, in dem Gespräch mit Herrn v. Witzleben darüber, auf die Moraltheologie der katholischen Kirche verwiesen und ihm gesagt, wie war es z.B. mit dem Heiligen Sebastian? Er war Chef der Leibgarde des Kaiser Diokletian, bekannt durch seine Christenverfolgung. Der Heilige Sebastian hat diese Politik der Christenverfolgung mitgemacht bis zu dem Moment, wo ihm persönlich die Frage gestellt wurde, wie stellt Du Dich? Da hat er gesagt: "Das kann ich nicht!" Und dann ist er gestorben.

Die Mitglieder der Thebaischen Legion, die bis dahin für ihren heidnischen Kaiser Maximianus gekämpft hatten, wurden auch nur dezimiert, weil sie an einem gewissen Punkt gesagt haben: "Das können wir nicht mitmachen!"

Ich sagte vorhin, um auf meinen Fall zurückzukommen, dass ich das Glück gehabt habe, in diese Gewissensfragen nie gestellt worden zu sein. Ganz abgesehen von diesem Fall, den ich nur als praktisches Beispiel erwähnte und den ich bitte nicht von der persönlichen Seite aufgefasst wissen will, gibt es unzählige Fälle dieser Art, die die Wiederherstellung eines Rechtsbodens in unserem Vaterlande für dringlich erscheinen lassen. Und ich möchte glauben, dass das auch in den Fragenkomplex, den Sie hier behandeln, mit hineinpasst; denn es gibt ja kein geteiltes Recht, es gibt ja nur ein Recht für alle. Vielleicht lässt sich in Ihren Erwägungen und in Ihren Publikationen auch hier und da ein Hinweis anbringen auf die Notwendigkeit einer Wiederherstellung dieses Rechtsbodens, von dem ich eben sprach.

v. Witzleben: Ich darf nun die heutige 21. Vollsitzung schliessen und Ihnen, Herr Reichskanzler, unser aller Dank sagen für die Liebeswürdigkeit, mit der Sie sich bereit erklärt haben, hier zu sprechen. Sie haben, vor allen Dingen auch im ersten Teil, zu den rein staatsrechtlichen Fragen und den Bidesfragen, und namentlich in dem, was Sie zum Schluss sagten, sehr viel dazu beigetragen, unsere Erkenntnisse und Kenntnisse zu erweitern, und ich darf Ihnen im Namen aller Herren nochmals meinen ergebensten Dank sagen.

25-3577-38

Guttenrog. v. 27.2.48

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

RESTRICTED

- 1 -

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1948/56

Interrogation-Nr. 174E

V e r n e h m u n g

des Herrn Franz von P A P E N ,  
am 27.2.1948, von 15 Uhr 15 - 15 Uhr 45,  
durch Mr. Curt P O N G E R ,  
auf Veranlassung von Mr. W I N D E R M A N .  
Stenografin: H. Fritsche.

1. Fr. Herr von P A P E N wir haben Sie hierherbestellt, weil wir einige Dinge wissen wollten in Zusammenhang mit der Besprechung auf dem Obersalzberg, SCHUBENHORN und HITLER. Die Sache duerfte Ihnen in Erinnerung sein?

A. Ja.

2. Fr. Sind Sie bereit uns dazu Auskuenfte zu geben?

A. Selbstverstaendlich. Das Thema ist ja schon so ausfuehrlich behandelt worden.

3. Fr. Es gibt eben noch gewisse Kleinigkeiten, die noch unbekannt geblieben sind. Bitte erinnern Sie sich an die Besprechung und wer von deutscher Seite aus noch teilgenommen hat.

A. Zunaechst einmal die 3 Militaers, KRIEGL, WELCHENAU und SPERLE. Dann bin ich anwesend gewesen, HITLER und soviel ich gehoert habe, was mir aber nicht erinnerlich ist, KESPEL. Ich glaube aber nicht, dass er an der Besprechung teilgenommen hat. Dann noch BIRKENHOF.

4. Fr. Sie erwaehten die 3 Militaers. Ist Ihnen der Name MUEHLKAMP gelaeufig?

A. Ja.

5. Fr. Wo war der Mann damals?

A. Soweit das aus den Akten ersichtlich ist, ist er von irgendeiner oester-

- A. reichischen Stelle nach Berchtesgaden beordert worden. Dort habe ich ihn getroffen am Morgen des 12.2. im Hotel FRIEDL.
- 6.Fr. Was war der Grund seiner Anwesenheit dort?
- A. Das weiss ich nicht.
- 7.Fr. Er war doch ein oesterreichischer Anarchist?
- A. Das ist moeglich, aber ich weiss es nicht.
- 8.Fr. Sie kennen die Sache mit MUEHLMANN nicht naeher?
- A. Nur ganz an Hande, was ich aus den Akten weiss. Ich habe ihn mal fruher irgendwo getroffen in Oesterreich, waehrend der 4 Jahre wo ich da war, aber naechere Beziehungen habe ich nicht gehabt.
- 9.Fr. Was war eigentlich der Zweck der Anwesenheit der 3 Militaers?
- A. Da bin ich ueberfragt. Ich kann noch folgendes feststellen: Nach den Aussagen des General KRITTEL, der war immer da. Er hat den Auftrag von HITLER bekommen, am Vorabend des 12.2. die beiden anderen Herren nach Berchtesgaden zu bestellen, ohne Angabe von Gruenden. Die Herren sind angekommen am 12.2. und haben nicht gewusst, wofuer, sind waehrend des ganzen Tages am Berg gewesen, haben an keiner Besprechung teilgenommen, sondern waren nur beim Fruhstueck anwesend.
- 10.Fr. Sie wurden also gar nicht zu Rate gezogen?
- A. Gar nicht.
- 11.Fr. Was glauben Sie selbst, was der Grund war?
- A. Ich nehme an, dass HITLER einen gewissen militaerischen Eindruck machen wollte, durch ihre Anwesenheit, denn aus den Akten geht hervor, - in einem Augenblick des Nachmittags, in dem das Gespraeche zwischen HITLER und SCHNEIDER stockte und die beiden Herren sich getrennt hatten, hat HITLER die Tuere aufgemacht und hat laut nach KRITTEL gerufen und dann

- A. Ist KRITIK gekommen und hat gesagt, was gibt es. Dann hat HITLER gesagt, gar nichts, ich wollte Sie nur rufen. Offensichtlich wollte er damit einen gewissen Eindruck machen.
- 12.Fr. Nun, es wurden doch in irgendeiner Form auch militärische Fragen besprochen. War nicht von einer Bedrohung die Rede?
- A. In meiner Gegenwart nicht.
- 13.Fr. Mr. POHOREN las vor von Guider SCHMIDT).
- A. Wenn Herr SCHMIDT sich dessen entsinnt, / Ich habe ja nur bei einem geringen Teil der Besprechung teilgenommen.
- 14.Fr. Glauben Sie selbst, dass nicht irgendwelche Vorbereitungen getroffen wurden, im Falle die Verhandlungen nicht glatt gehen würden, ich meine, dass doch dann ein gewaltsamer Einmarsch in Erwägung gezogen wurde?
- A. Das glaube ich nicht, Aus den Akten geht hervor, dass der JOEEL den Befehl gegeben hat, es sollen Bewegungen vorgetäuscht werden und es soll viel telefoniert werden. Man wollte Propaganda machen. Ich glaube, dass diese ganze Situation heute unter der Perspektive, die wir heute haben, falsch gesehen wird. HITLER hatte damals den Wunsch, unbedingt zu einem Abkommen mit SCHUSCHNIGG zu kommen, zu einer Verbesserung der Bedingungen vom 11. Juli 1936. Er mag dazu diese Mittel angewandt haben, "wenn Sie sich nicht fügen, werde ich andere Mittel anwenden." Das mag im Laufe der Unterredung gefallen sein. Dass er den Wunsch zu einem Gewaltakt gehabt hat, halte ich fuer vollkommen ausgeschlossen. Als am 12. die Vereinbarungen einige Tage spaeter von der oesterreichischen Regierung angenommen waren, ist er nach meinem Kenntnis ueber seinen Erfolg ausserordentlich befriedigt gewesen. Das geht auch aus der Zeit

- A. tagsrede hervor, die er am den 29. gehalten hat, in der er sich bei SCHUSCHNIGG in einer besonderen Weise bedankt hat. Nach meiner Kenntnis waere es unter keinen Umstaenden zu einem Gewaltakt gekommen.
- 15.Fr. Tatsache ist, dass am 13. März die deutsche Luftflotte nach Oesterreich ist, zumindest ein Teil. Ein Teil von SPERLE ist nach Wien geflogen. Der gleiche SPERLE, der hier ist, flog dann nach Oesterreich ein.
- A. Das ist ein Entschluss, der in einer halben Stunde gefasst werden kann.
- 16.Fr. Das ist eben die Frage, ob da nicht Vorbereitungen getroffen wurden?
- A. Ich bin kein Techniker bei der Luftwaffe.
- 17.Fr. Die Hoeglichkeit und der Plan kann bestanden haben?
- A. Nach der historischen Wahrheit, die wir feststellen wollen, halte ich das fuer unwahrscheinlich.
- 18.Fr. Wechselten Sie Worte mit SPERLE?
- A. Nur wenige.
- 19.Fr. Kennen Sie SPERLE naecher?
- A. Wenig.
- 20.Fr. Sie sind ueberzeugt, dass SPERLE nicht gewusst hat von dem kommenden Einmarsch in Oesterreich?
- A. Das koennte ich beschwoeren.
- 21.Fr. Haben Sie mit SPERLE irgendwas zu tun gehabt in der Zeit der sudeten-deutschen Krise?
- A. Nein, da war ich ausser Dienst.
- 22.Fr. Und Sie selbst waren nicht bei allen Besprechungen anwesend am Obersalzberg bei HITLER?
- A. Nein. Am 12. sind wir angekommen und spact bis abends 10 Uhr geblieben.
- 23.Fr. Sie waren nur bei einem Teil anwesend?

- A. Ja, ich war an sich nur halbauslich dort.
- 24.Fr. Sie waren nicht mehr Gesandter?
- A. Ich war am 4. meines Amtes enthoben.
- 25.Fr. Wer trat an Ihre Stelle damals?
- A. Niemand. Es war ein Geschäftsträger da, ein Herr von STEIN.
- 26.Fr. Ich glaube auch, bei dem seinerzeitigen Plan, der bestanden hat, waren Sie auch eingebaut?
- A. Sie meinen wahrscheinlich die beratschlagten <sup>TAVS</sup> ~~WISS~~-Papiere. <sup>TAV</sup> ~~WISS~~ war ein Mann, der im sogenannten siebenner Komitee der Partei arbeitete. Im November 1937 war in diesem Haus, wo dieses Komitee residierte, Haus-suchung und da hat man eine Reihe von Papieren gefunden. In diesen Papieren ist auch ein Plan enthalten gewesen, der eine Ermordung von mir vorgesehen hat, um daraus einen Zwischenfall zu schaffen zum Einmarsch. Darüber ist hebrigens der oesterreichische Polizeipräsident vernommen worden.
- 27.Fr. Der Plan stammte von diesem siebenner Komitee?
- A. Ich habe diesen Plan niemals gesehen. Die oesterreichische Regierung hat ihn auch niemals erwehnt.
- 28.Fr. Ich glaube in einer Rede hat das SCHUSCHNIG erwehnt .
- A. Eine offizielle Aktion ist nie gemacht worden. Da mir die ganzen Übergriffe nicht passten, habe ich mich zu HITLER begeben und gesagt, dass dieser Hauptmann Leopold ~~WISS~~ <sup>weiter</sup> sein Unwesen treibt. Ich habe HITLER gesagt, "wenn Sie das nicht abstellen, gebe ich meine Demission ein." Da ist LEWOLD verschwunden.
- 29.Fr. Sie sagten, am 4. wurden Sie bereits Ihres Postens als Gesandter enthoben?
- A. Ja.

30.Fr. Was war Ihr naechster Posten?

A. Botschafter in der Tuerkei.

31.Fr. Bis wann?

A. Von Mai 1939 bis August 1944

32.Fr. Konnten Sie in der damaligen Zeit einen Herrn HANBERGER; der hat damals, glaube ich, irgendwie fuer die Abschr gearbeitet?

A. In der Tuerkei?

33.Fr. Ja.

A. Das kann ich nicht sagen. Die Abschr hatte mit mir nichts zu tun, das war ein besonderes Apartement, der seinen Sitz in Istanbul hatte, waehrend ich in Ankara war.

34.Fr. Nun, um wieder zurueckzukommen zu dieser beruehten Sitzung am 12. Februar. Guido SCHMIDT erwahnt in seinem Brief, dass speziell KRITTEL einen sehr feindsaeligen Ton gehabt hat beimessen den Oesterreicherengegenueber. Ist Ihnen das in Erinnerung?

A. Nein. SCHMIDT betrachtet die Sache wohl auch aus der Perspektive und glaubt, man muss genugend Widerstand geleistet haben, um durch seinen Prozess zu kommen. Ich kann nur sagen, dass beim Fruehstueck, bei dem die Generale anwesend waren, ein durchaus angemessener Ton geherrscht hat. Das ist eine Erfindung von Guido SCHMIDT.

35.Fr. Erinnern Sie sich noch an die Gesechree Gespraechethemen, die da gefuehrt wurden?

A. Nein.

36.Fr. SPERDIE erwahnt, dass HITLER von der Malerei des 18. Jahrhunderts gesprochen hat?

A. Das kann schon sein, denn er interessierte sich sehr fuer Malerei.

37.Fr. Zusammengefasst Ihrer Meinung nach, hat SPERRLE vor seinem Hinaufkommen nichts gewusst und zwar von den Dingen, die da passiert sind?

A. Nein.

38.Fr. Sie glauben auch, dass er in keiner Weise eingebaut war?

A. Das kann ich beschwören. Das haette ich bestimmt gehoert, ich war doch den ganzen Tag im Haus.

39.Fr. Ferner glauben Sie, dass bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Plan eines evtl. Angriffes in Oesterreich bestanden hat?

A. Ausgeschlossen, das koennte ich beidigen. Der ganze Sinn war eine Basis auf friedlichen Wege zu finden und einig zu werden.

40.Fr. Sie sagen, Sie kennen SPERRLE nur ganz fluechtig. Was ist Ihr Eindruck von SPERRLE, soweit Sie ihn kennen.

A. Wenn man einen Menschen nur 2 bis 4 mal gesehen hat, kann man kein Urteil faellen.

41.Fr. SPERRLE ist doch sehr bald bei HITLER in Ungnade gefallen?

A. Darueber bin ich nicht informiert.

42.Fr. Bei welchen Angelegenheiten haben Sie SPERRLE, ausser dieser einen Sache gesehen?

A. Ich habe ihn vielleicht mal in Muenchen gesehen, das kann sein. Dann wahrscheinlich erst wieder hier und im Lazarett in Garmsch.

43.Fr. Waehrend der HITLER-Zeit haben Sie ihn nicht mehr getroffen?

A. Nein.

44.Fr. Sind Sie nach dem Hinmarsch in Oesterreich wieder nach Oesterreich gekommen?

A. Ich hatte in Oesterreich eine Jagd und bin im Herbst 1938 hingefahre

45.Fr. Dienstlich hatten Sie in keiner Weise dort zu tun?

A. Nein.

A6.Fr. Ich glaube, das ist alles. Danke schön.

-----

Institut für Zeitgeschichte - Archiv